

Arbeitskreis Konjunktur des IWH

Article

Konjunktur aktuell: Beschäftigungsboom in Deutschland - aber gesamtwirtschaftlich keine Überhitzung

Konjunktur aktuell

Provided in Cooperation with:

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Arbeitskreis Konjunktur des IWH (2017) : Konjunktur aktuell: Beschäftigungsboom in Deutschland - aber gesamtwirtschaftlich keine Überhitzung, Konjunktur aktuell, ISSN 2195-8319, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 5, Iss. 1, pp. 4-29

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/157757>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Konjunktur aktuell: Beschäftigungsboom in Deutschland – aber gesamtwirtschaftlich keine Überhitzung*

Arbeitskreis Konjunktur des IWH

Die deutsche Wirtschaft ist in recht guter Verfassung. So hält der Beschäftigungsaufbau an, und der private Konsum legt aufgrund steigender Realeinkommen robust zu. Die Ausrüstungsinvestitionen werden allerdings weiterhin nur verhalten ausgeweitet. Insgesamt expandiert die Nachfrage in etwa so schnell wie das Produktionspotenzial, und die Auslastung ist normal. Im Jahr 2017 dürfte die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts mit 1,3% nicht aufgrund einer schwächeren Konjunktur, sondern vor allem wegen einer geringeren Anzahl an Arbeitstagen niedriger als im Vorjahr ausfallen.

Tabelle

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2017 und 2018^a

	2016	2017	2018
reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
private Konsumausgaben	2,0	1,5	1,5
Staatskonsum	4,0	2,4	1,4
Anlageinvestitionen	2,3	1,7	3,2
Ausrüstungen	1,1	0,9	3,8
Bauten	3,0	1,9	3,0
sonstige Anlagen	2,6	2,3	2,6
Vorratsinvestitionen ^b	-0,2	0,1	0,0
Inlandsverwendung	2,3	1,8	1,9
Außenbeitrag ^b	-0,2	-0,4	-0,1
Exporte	2,6	4,8	4,6
Importe	3,7	6,8	5,7
Bruttoinlandsprodukt	1,9	1,3	1,6
nachrichtlich:			
Welthandel	1,2	3,6	3,3
USA	1,6	2,3	2,4
Euroraum	1,7	1,7	1,6
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Arbeitsvolumen, geleistet	0,7	1,0	0,6
Tariflöhne je Stunde	2,1	2,1	2,2
Effektivlöhne je Stunde	2,7	3,0	2,9
Lohnstückkosten ^c	1,4	2,7	1,8
Verbraucherpreisindex	0,5	1,8	1,7
in 1 000 Personen			
Erwerbstätige (Inland)	43 475	44 095	44 414
Arbeitslose ^d	2 691	2 630	2 714
in %			
Arbeitslosenquote ^e	5,8	5,6	5,8
Arbeitslosenquote BA ^f	6,1	5,9	6,0
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt			
Finanzierungssaldo des Staates	0,8	0,5	0,2
Leistungsbilanzsaldo	8,3	7,7	7,6

^a Zu den Auswirkungen der Revision der Erwerbstätigenzahl für das Jahr 2016 auf die Prognose vgl. Kasten 3. – ^b Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponente). – ^c Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^d Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit (BA). – ^e Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). – ^f Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat; Bureau of Economic Analysis; ab 2017: Prognose des IWH (Stand: 15.03.2017).

JEL-Klassifikation: E17, E27, E37, E50, E53, E60, E66, H68

Schlagwörter: Konjunktur, Prognose, öffentliche Finanzen, Weltwirtschaft, Deutschland, Arbeitsmarkt

* Dieser Beitrag wurde bereits als *IWH-Pressemitteilung 13/2017* am 15. März 2017 veröffentlicht.

Weltkonjunktur ist mit Schwung ins Jahr 2017 gekommen

Zu Beginn des Jahres 2017 macht die internationale Konjunktur einen recht kräftigen Eindruck. Die Stimmung der Unternehmen hat sich zuletzt vielerorts stark aufgehellt, und Industrieproduktion und Welt-handel nahmen am Ende des vergangenen Jahres deutlich zu. Die bereits seit dem vergangenen Sommer zu beobachtende Aufwärtstendenz setzt sich fort, auch wenn die Zuwachsraten der gesamtwirtschaftlichen Produktion in den großen Volkswirtschaften im Schlussquartal 2016 etwas geringer ausfielen als zuvor. In den USA und auch im Euroraum hat die Binnennachfrage noch an Dynamik gewonnen, wurde aber von einem Rückgang der Nettoexporte überlagert. Die bevorstehende Neuausrichtung der US-Wirtschaftspolitik spielt in konjunktureller Hinsicht derzeit keine große Rolle.

Die gute Konjunktur in China ließ über eine hohe Importnachfrage den Überschuss im chinesischen Warenhandel deutlich schrumpfen. Die lebhaftere Nachfrage aus den USA, Europa und China kommt dem Verarbeitenden Gewerbe in etlichen asiatischen Volkswirtschaften, darunter Japan und Taiwan, zugute. Russische und brasilianische Exporteure profitieren von den im Herbst 2016 beschleunigt gestiegenen Energie- und Rohstoffpreisen.

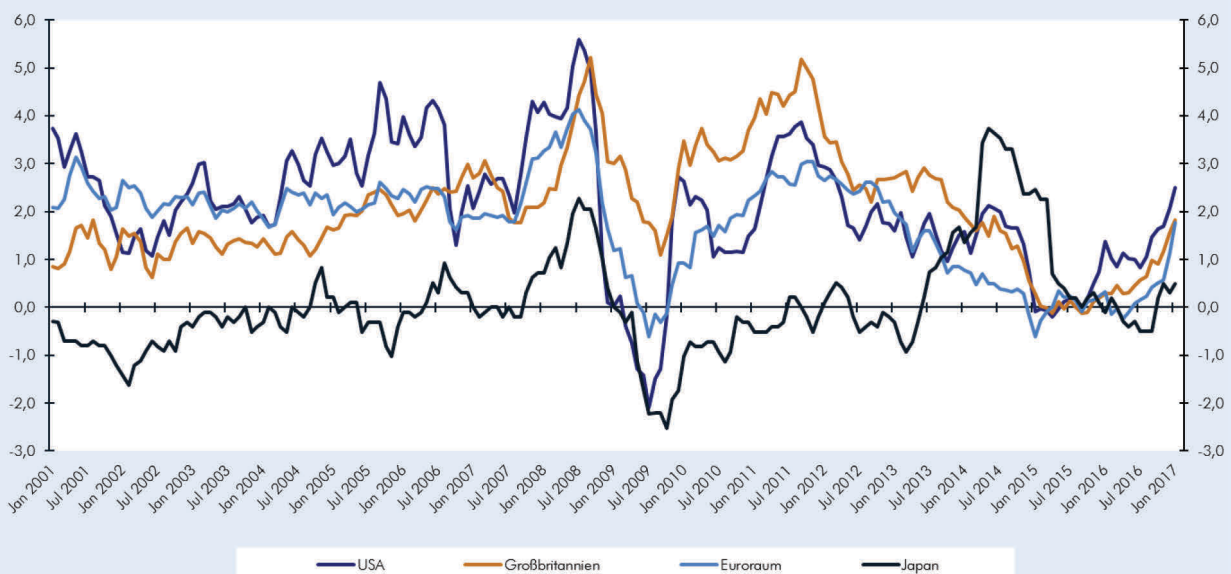
Höherer Ölpreis treibt vorübergehend Inflation

Mit knapp über 50 US-Dollar je Barrel (Brent) ist Rohöl derzeit (Mitte März) zwar nur etwa halb so teuer wie vor dem Preiseinbruch vor gut zweieinhalb Jahren, der Ölpreis liegt aber im Monatsdurchschnitt etwa 40% über seinem Niveau von vor einem Jahr. Dieser Basis-effekt schlägt weltweit auf die Raten der Verbraucherpreis-inflation durch, welche gegenüber dem Vorjahres-monat berechnet werden (vgl. Abbildung 1). In den USA, in Großbritannien und im Euroraum liegen die Inflationsraten gegenwärtig um die 2%, dem mittelfristigen Inflationsziel der Notenbanken aller drei Währungs-räume. Sie dürften in den nächsten Monaten freilich wieder sinken, denn die ölpreisbedingte Teuerung wird stark nachlassen. Darüber hinaus gibt es außerhalb von Großbritannien, wo die starke Abwertung des Pfundes preistreibend wirkt, gegenwärtig kaum Zeichen für ein starkes Anziehen der inflationären Dynamik, weder gemessen an den Kernraten, welche Energieträger aus dem der Preisniveaurechnung zugrundeliegenden Güter-bündel herauslassen, noch gemessen an den Lohnzu-wächsen. Das ist durchaus bemerkenswert, denn die Unterauslastung ist in den fortgeschrittenen Volkswirt-schaften in letzter Zeit deutlich gesunken, und die Arbeitslosenquoten sind vielerorts – etwa in den USA, Japan und Deutschland – sogar ausgesprochen niedrig.

Abbildung 1

Inflationsraten

Veränderung des Verbraucherpreisniveaus gegenüber dem Vorjahreszeitraum



Quellen: Eurostat; US Bureau of Labor Statistics; Ministry of Internal Affairs & Communication, Japan; Darstellung des IWH.

Optimismus an den Finanzmärkten

Trotzdem sind an den Finanzmärkten die Inflationserwartungen in den vergangenen Monaten vielfach recht deutlich nach oben korrigiert worden (vgl. Abbildung 2). Dies ist nicht nur auf die günstigen realwirtschaftlichen Daten, sondern auch auf die Einschätzungen der Effekte der künftigen wirtschaftspolitischen Ausrichtung zurückzuführen. Die Aktienkurse sind seit der US-Präsidentenwahl Anfang November deutlich gestiegen, in den USA bis in den März hinein. Zugleich ist die Unsicherheit über die zukünftige Kursentwicklung, wie sie in der impliziten Volatilität von Aktienindizes zum Ausdruck kommt, auf ein recht niedriges Niveau gefallen. Die an die Deregulierungs-, Steuersenkungs- und Investitionspläne der neuen US-Regierung geknüpften Hoffnungen der Anleger überwiegen offensichtlich die Furcht vor den Schäden protektionistischer Maßnahmen. Es sieht so aus, als gälte dies in abgeschwächter Form auch für die Aktienmärkte Europas und Asiens. Unmittelbar nach der US-Wahl sind auch die Kapitalmarktrenditen weltweit gestiegen, was auf höhere Erwartungen bezüglich des gesamtwirtschaftlichen Wachstums und der Inflation hindeutet. Allerdings hat sich der Zinsanstieg im ersten Quartal 2017 kaum mehr fortgesetzt. Die Kapitalmarktzinsen sind in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften auch nach ihrem jüngsten Anstieg aus längerfristiger Perspektive sehr niedrig. Der größere Optimismus bezüglich der US-Wirtschaft ließ den Dollar in den Wochen nach der

Wahl aufwerten, doch auch diese Bewegung hat sich im neuen Jahr nicht fortgesetzt.

Wirtschaftspolitik stützt Konjunktur in vielen Regionen der Welt

Die US-Notenbank dürfte auf die geplante fiskalpolitische Stimulierung der Nachfrage mit einer Straffung der Geldpolitik reagieren, die etwas zügiger verläuft, als im Herbst angenommen wurde. An den Finanzmärkten wird damit gerechnet, dass der Leitzins (gegenwärtig bei 0,5 bis 0,75%) Ende 2017 bei 1,25 bis 1,5% und Mitte 2018 bei 2% liegt. Damit wäre die Geldpolitik auch im Jahr 2018 noch expansiv ausgerichtet, wenn die Verbraucherpreise so wie hier prognostiziert in beiden Jahren 2017 und 2018 um jeweils knapp 2,5% steigen. Für den Euroraum ist bis weit ins Jahr 2018 mit Leitzinsen um die Null zu rechnen. Allerdings wird die EZB den Umfang ihres Wertpapier-Kaufprogramms ab April verringern (von monatlich 80 Mrd. Euro auf 60 Mrd. Euro). Vermutlich wird das Kaufprogramm über den gegenwärtig vorgesehenen Zeithorizont, der bis Ende des Jahres reicht, hinaus verlängert werden, aber in einem wiederum verringerten Umfang. Auch die Bank von England wird wohl bei einer expansiven Geldpolitik bleiben, obwohl in Großbritannien als Folge der beträchtlichen Abwertung des Pfunds seit dem Brexit-Entscheid mit einem Preisschub im Jahr 2017 zu rechnen ist.

Abbildung 2

Inflationserwartungen an den Finanzmärkten gemessen an Swapsätzen mit fünfjähriger Laufzeit



Quellen: Thomson Reuters; Darstellung des IWH.

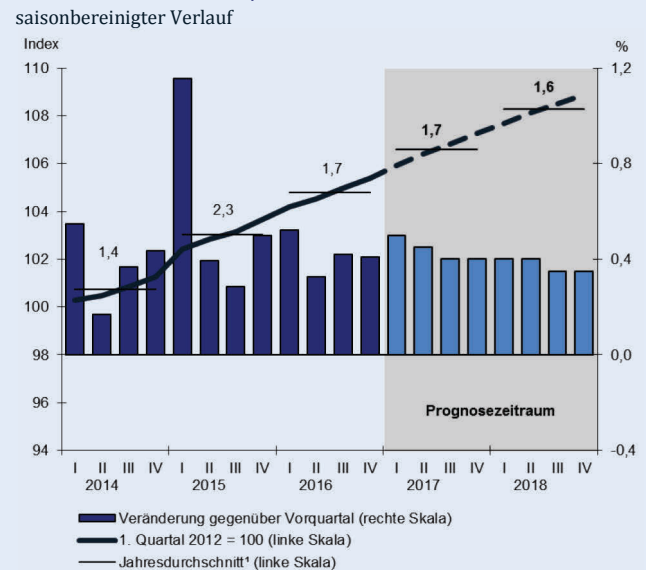
Insgesamt anregend auf die internationale Konjunktur wirkt im Jahr 2017 auch die Finanzpolitik. Allerdings dürften die Effekte gering sein: In Europa steht einer leicht expansiven Ausrichtung im Euroraum eine nach wie vor auf Konsolidierung ausgerichtete Finanzpolitik in Großbritannien gegenüber. In den USA wird die neue Regierung ihre finanzpolitischen Vorstellungen wohl nur mit Abstrichen im Kongress durchsetzen können. In China dürfte der wirtschaftspolitische Expansionsgrad langsam zurückgeführt werden, solange die Konjunktur nicht zu stark nachlässt, denn die chinesische Regierung ist sich der Risiken bewusst, die ihre gegenwärtige Wirtschaftspolitik etwa aufgrund des übermäßigen Anschwellens der Kreditvolumina mit sich bringt.

Gute Aussichten auf eine lebhaftere Weltkonjunktur im Jahr 2017, ...

Alles in allem bleibt die Wirtschaftspolitik weltweit auf einem ziemlich expansiven Kurs. Wenn gravierende Belastungen von politischer Seite ausbleiben, dürfte die Weltkonjunktur auch im weiteren Jahresverlauf recht kräftig bleiben. Es gibt nur wenige Volkswirtschaften, an denen die Belebung vorbeigegangen ist, und diesen (wie Brasilien oder der Türkei) hilft der Gewinn an Wettbewerbsfähigkeit durch deutliche Währungsabwertungen. Auch lässt das immer noch ruhige Preisklima nicht erkennen, dass Kapazitäten in wichtigen Regionen schon überausgelastet sind. Allerdings fällt wohl ein wichtiger Antriebsfaktor weg. Denn die gegenwärtige Belebung der wirtschaftlichen Aktivität geht vermutlich zu einem erheblichen Teil noch auf den starken Ölpreisverfall zwischen Herbst 2014 und Anfang 2016 zurück, und die vorliegende Prognose beinhaltet, dass sich der Ölpreis (Brent) in den Jahren 2017 und 2018 zwischen 55 und 60 US-Dollar stabilisiert.

Regional divergieren die Aussichten: In den USA dürfte sich die konjunkturelle Dynamik im Verlauf des Jahres etwas beschleunigen. Der private Konsum profitiert von der guten Situation auf dem Arbeitsmarkt, und das Produzierende Gewerbe dürfte von Deregulierungsmaßnahmen der Wirtschaftspolitik angeregt werden. Stimulierende Effekte der angekündigten finanzpolitischen Wende werden allerdings wohl erst im Jahr 2018 wirksam werden. Im Euroraum dürfte sich die wirtschaftliche Erholung mit einem im zweiten Halbjahr 2017 etwas gemächlicheren Tempo fortsetzen, wiederum unter der Voraussetzung, dass der wirtschaftspolitische Rahmen stabil bleibt (vgl. Abbildung 3 und Tabelle 1). Für eine stabile Konjunktur sprechen der nun schon seit drei Jahren anhaltende Beschäftigungs-

Abbildung 3
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum



¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 1. Quartal 2017: Prognose des IWH.

Tabelle 1

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2016	2017	2018
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
reales Bruttoinlandsprodukt	1,7	1,7	1,6
privater Konsum	1,9	1,4	1,4
öffentlicher Konsum	1,8	1,2	1,1
Bruttoanlageinvestitionen	2,5	2,1	2,6
inländische Verwendung	2,0	1,5	1,6
Exporte ^a	2,7	3,4	3,6
Importe ^a	3,4	3,5	3,7
Außenbeitrag ^b	-0,2	0,1	0,1
Verbraucherpreise ^c	0,3	1,6	1,6
	% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt		
Budgetsaldo ^e	1,7	1,5	1,5
Leistungsbilanzsaldo	3,3	2,8	2,5
	in % der Erwerbspersonen		
Arbeitslosenquote ^f	10,2	9,7	9,4

^a Einschließlich Intrahandel. – ^b Wachstumsbeitrag. – ^c Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ^d Bruttowertschöpfung je Beschäftigten. – ^e Gesamtstaatlich. – ^f Standardisiert.

Quellen: Eurostat; ab 2017: Prognose des IWH.

aufbau und auch die fast überall (mit den Ausnahmen Italien und Griechenland) wieder steigenden Häuserpreise. In China dürfte der Produktionszuwachs allerdings dem langfristigen Trend folgend langsam zurückgehen, denn das konjunkturelle Zwischenhoch im Jahr 2016 war auf wirtschaftspolitische Impulse zurückzuführen, die im Prognosezeitraum eher verringert werden dürften. Alles in allem expandiert die Weltproduk-

Tabelle 2
Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote		
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
		2016	2017	2018	2016	2017	2018	2016	2017	2018
Europa	29,9	1,7	1,8	1,7	1,1	2,2	2,1			
EU 28	25,1	1,9	1,8	1,7	0,3	1,8	1,8	8,5	8,1	8,0
Schweiz	1,0	1,3	1,1	1,4	-0,4	0,3	0,5	3,3	3,3	3,3
Norwegen	0,6	0,9	1,5	1,6	3,6	2,5	2,0	4,7	4,5	4,3
Türkei	1,1	1,7	1,6	3,0	7,8	9,3	7,5			
Russland	2,0	-0,4	1,7	1,8	7,1	5,0	4,5			
Amerika	36,8	1,0	2,1	2,2						
USA	27,8	1,6	2,3	2,4	1,3	2,3	2,5	4,9	4,8	4,7
Kanada	2,4	1,4	2,3	2,2	1,5	2,1	2,1	7,0	6,8	6,7
Lateinamerika ^a	6,6	-1,7	1,2	1,5						
Asien	33,3	5,0	4,9	4,8						
Japan	6,4	1,0	1,3	1,0	-0,1	0,7	0,8	3,1	3,0	3,0
China ohne Hongkong	17,0	6,7	6,5	6,2						
Südkorea	2,1	2,7	2,4	2,7	1,0	1,7	1,7	3,7	3,8	3,7
Indien	3,2	7,5	7,1	7,4						
Ostasien ohne China ^b	4,6	3,6	3,7	3,7						
insgesamt ^c	100,0	2,5	2,9	2,9						
fortgeschrittene Volkswirtschaften ^d	67,1	1,7	2,0	1,7	0,8	1,9	2,0	6,3	6,1	6,0
Schwellenländer ^e	32,9	4,3	4,9	4,9						
nachrichtlich:										
exportgewichtet ^f	100,0	2,1	2,3	2,2						
gewichtet nach Kaufkraftparitäten ^g	100,0	3,0	3,4	3,4						
Welthandel ^h	-	1,2	3,6	3,3						

^a Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Mexiko, Argentinien, Venezuela, Kolumbien, Chile. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2015 in US-Dollar. – ^b Gewichteter Durchschnitt aus: Indonesien, Taiwan (Provinz Chinas), Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen, Hongkong (Sonderverwaltungszone Chinas). Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2015 in US-Dollar. – ^c Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2015 in US-Dollar. – ^d EU 28, Schweiz, Norwegen, USA, Kanada, Japan, Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur. – ^e Russland, China ohne Hongkong, Indien, Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen, Lateinamerika. – ^f Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2015. – ^g Kaufkraftparitäten aus: IMF, World Economic Outlook, Oktober 2016. – ^h Realer Güterhandel. Wert für 2016 von CPB.

Quellen: IWF; OECD; CPB; Eurostat; ab 2017: Prognose des IWH.

Abbildung 4
Aktienkurse und wirtschaftspolitische Unsicherheit



Quellen: MSCI; Economic Policy Uncertainty; Darstellung des IWH.

Tabelle 3**Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa**

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ^a Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %			Verbraucherpreise ^b Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %			Arbeitslosenquote ^c in %		
		2016	2017	2018	2016	2017	2018	2016	2017	2018
Deutschland	20,6	1,8	1,6	1,6	0,4	1,8	1,7	4,1	3,9	4,1
Frankreich	14,8	1,2	1,4	1,5	0,3	1,3	1,3	9,6	9,8	9,6
Italien	11,1	0,9	0,9	0,9	-0,1	1,1	1,1	11,7	11,8	11,7
Spanien	7,4	3,2	2,3	2,0	-0,3	1,9	2,0	19,6	18,0	17,3
Niederlande	4,6	2,1	2,0	1,7	0,1	1,8	2,2	6,0	5,4	5,2
Belgien	2,8	1,2	1,4	1,4	1,8	2,3	1,8	8,0	7,7	7,8
Österreich	2,3	1,5	1,8	1,7	1,0	2,2	1,8	6,0	5,8	5,8
Irland	1,7	4,1	3,3	3,0	-0,2	1,0	1,4	7,9	7,7	7,2
Finnland	1,4	1,3	1,2	1,4	0,4	1,7	1,4	8,9	8,4	8,0
Portugal	1,2	1,4	1,3	1,4	0,6	1,3	1,5	11,2	10,7	10,3
Griechenland	1,2	0,0	2,0	2,3	0,0	0,8	1,0	23,5	21,3	19,4
Slowakei	0,5	3,3	3,2	2,7	-0,5	1,5	2,0	9,7	8,3	7,7
Luxemburg	0,4	3,5	3,1	3,3	0,0	1,0	1,6	6,3	6,2	6,1
Slowenien	0,3	2,5	2,8	2,4	-0,2	1,7	1,6	7,9	7,3	7,0
Litauen	0,3	2,3	3,0	2,8	0,7	2,2	2,2	7,9	6,8	6,3
Lettland	0,2	2,0	3,0	3,1	0,1	2,2	2,1	9,6	8,8	8,2
Estland	0,1	1,6	2,3	3,0	0,8	2,6	2,5	6,8	6,4	6,5
Zypern	0,1	2,9	2,5	2,3	-1,2	1,0	1,5	13,3	13,3	12,5
Malta	0,1	5,0	3,5	3,2	0,9	1,6	1,9	4,8	4,8	4,7
Euroraum insgesamt	71,1	1,7	1,7	1,6	0,3	1,6	1,6	10,0	9,6	9,4
Euroraum ohne Deutschland	50,5	1,7	1,7	1,6	0,2	1,5	1,5	12,0	11,6	11,2
Großbritannien	17,5	1,8	1,9	1,4	0,7	2,6	2,6	4,8	5,0	5,5
Schweden	3,0	3,3	2,6	2,3	1,1	1,6	1,8	6,9	6,6	6,5
Polen	2,9	2,8	3,5	2,8	-0,2	1,7	2,0	6,2	5,3	5,2
Dänemark	1,8	1,1	1,7	1,7	0,0	1,3	1,4	6,2	6,0	5,9
Tschechien	1,1	2,4	2,1	2,6	0,6	2,1	1,9	4,0	3,4	3,4
Rumänien	1,1	4,8	3,7	3,2	-1,1	1,6	2,8	5,9	5,3	5,2
Ungarn	0,7	2,0	2,4	2,6	0,4	2,3	2,9	5,1	4,2	4,1
Bulgarien	0,3	3,4	3,2	2,8	-1,3	1,0	1,4	7,7	7,0	6,8
Kroatien	0,3	2,9	2,8	2,6	-0,6	1,5	1,7	12,8	11,0	9,8
MOE-Länder ^d	7,8	2,9	3,1	2,8	-0,2	1,8	2,2	6,5	5,7	5,5
EU 28 ^e	100,0	1,9	1,8	1,7	0,3	1,8	1,8	8,5	8,1	8,0

^a Die Zuwachsraten sind um Arbeitstageeffekte bereinigt sind, außer für die Slowakei. – ^b Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ^c Standardisiert. – ^d Mittel- und osteuropäische Länder: Slowakei, Slowenien, Litauen, Lettland, Estland, Polen, Tschechien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien, Kroatien. – ^e Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2015 in US-Dollar. Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2015.

Quellen: Eurostat; IWF; ab 2017: Prognose des IWH.

tion nach vorliegender Prognose in den Jahren 2017 und 2018 um jeweils 2,9% (vgl. Tabelle 2 und Tabelle 3).¹

... aber erhebliche Risiken vorseiten der politischen Rahmenbedingungen

Die guten Aussichten für die internationale Konjunktur und der Optimismus an den Finanzmärkten sind angesichts der erheblichen wirtschaftspolitischen Unsicherheiten bemerkenswert. Ungewiss ist etwa, wie viel

des protektionistischen Gedankenguts der neuen US-Regierung in praktische Politik umgesetzt wird. Dass Großbritannien die Europäische Union in wenigen Jahren verlassen wird, darf zwar als ausgemacht gelten, unter welchen Bedingungen das geschieht, ist aber völlig ungewiss. Für den Euroraum hat sich das Risiko einer Rückkehr der Schulden- und Vertrauenskrise zuletzt eher wieder erhöht. So könnten die kommenden Wahlen in wichtigen Mitgliedsländern (den Niederlanden, Frankreich, Deutschland und spätestens im Jahr 2018 Italien) zu einem Machtzuwachs für Gegner der Europäischen Union führen. Zudem kann beunruhigen, dass die recht gute Konjunktur das Problem hoher öffentlicher Verschuldung nicht zu entschärfen scheint. So werden sich die Schuldenquoten der drei nach Deutsch-

¹ Die Rate bezieht sich auf den auch von der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose betrachteten Länderkreis, wobei die Zuwachsraten mit dem nominalen Bruttoinlandsprodukt des Jahres 2016 auf der Basis von Marktwechselkursen gewichtet wurden. Bei Gewichtung mit Kaufkraftparitäten und Hochrechnung auf den Länderkreis des IWF ergeben sich Zuwächse von jeweils 3,4%.

Kasten 1**Monetäre Rahmenbedingungen im Euroraum: Günstiges Refinanzierungsumfeld bleibt bestehen**

Die Ausrichtung der Geldpolitik im Euroraum hat sich im ersten Quartal 2017 nicht verändert. So blieben der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität bei 0,0%, 0,25% bzw. –0,4%, und das angekündigte Kaufvolumen im Rahmen der Ankaufprogramme wurde nicht verändert. Die bestehende umfangreiche Liquidität führt zu weiterhin niedrigen Geldmarkt-Zinsen. Sowohl der Zins für unbesichertes Tagesgeld (EONIA) als auch jener für unbesichertes Dreimonatsgeld (EURIBOR) befinden sich mit gut 0,3% nahe dem EZB-Einlagenzins von –0,4%.

Das Volumen der Kredite an private Haushalte wuchs im Januar im Vergleich zum Vorjahresmonat um 2,2% und jenes der Unternehmen um 2,3%. Die hohe Liquidität macht sich zudem auch bei der Zinshöhe der Kredite positiv bemerkbar. So haben die Zinsen sowohl für Immobilien- als auch für Konsumentenkredite im Januar mit 1,8% und knapp 6% neue historische Tiefststände erreicht. Lediglich bei den Unternehmenskrediten war ein minimaler Anstieg um 0,1% auf immer noch sehr niedrige 1,7% zu verzeichnen. Auf den Kapitalmärkten gab es sowohl bei Unternehmens- als auch Staatsanleihen zunächst einen starken Anstieg der Renditen im November, der sich im Dezember und Januar abgeschwächt fortsetzte, sich dann aber zuletzt im Februar umkehrte. Die Renditen von Staatsanleihen liegen derzeit bei durchschnittlich 0,2%, jene von AAA-bewerteten Unternehmen bei 0,8% und jene von BBB-bewerteten Unternehmen bei 1,1%. Es ist damit zu rechnen, dass sich die Mehrheit der Euroländer und Unternehmen im Prognosezeitraum tendenziell weiterhin auf niedrigem Niveau refinanzieren können. Insgesamt bleiben die monetären Rahmenbedingungen im Euroraum günstig.

land größten Mitgliedsländer gemäß der jüngsten Prognose der Europäischen Kommission im Jahr 2017 noch ein Stück weiter von der im Maastricht-Vertrag vorgegebenen Grenze von 60% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt entfernen: auf 96,7% (Frankreich), 133,3% (Italien) und 100% (Spanien). Seit November 2016 sind die Risikoprämien für zehnjährige Staatstitel dieser Länder gegenüber deutschen Titeln um etwa einen halben Prozentpunkt gestiegen.

Dass die wirtschaftspolitischen Risiken von einer weltweiten Öffentlichkeit als hoch eingeschätzt werden, zeigt der Global Economic Policy Uncertainty Index, welcher auf einer systematischen Auswertung von Zeitungsartikeln beruht. In der Vergangenheit war der Index negativ mit der Bewertung von Risikokapital an den Finanzmärkten korreliert. Gegenwärtig lassen sich die Anleger von den wirtschaftspolitischen Risiken aber kaum verunsichern (vgl. Abbildung 4).² Leicht vorstellbar ist, dass es im Prognosezeitraum zu einer Stimmungsumschwung an den Finanzmärkten und auch in der Realwirtschaft kommt, sollte sich eines der vielen politischen Risiken realisieren.

Deutsche Konjunktur**Deutsche Wirtschaft expandiert verhalten**

Die deutsche Wirtschaft nahm zum Jahresende 2016 mit einer Rate zu, die in etwa der Wachstumsrate des Produktionspotenzials entspricht. Gestützt wurde die Expansion vor allem durch die inländische Nachfrage: Das Fundament dafür bilden der seit 2011 anhaltende kräftige Beschäftigungsaufbau und die seit drei Jahren zunehmenden realen Pro-Kopf-Einkommen. Sie stimulieren den privaten Konsum und strahlen zusammen mit dem Niedrigzinsumfeld und der guten Finanzausstattung der Kommunen positiv auf die Bauinvestitionen aus. Die Ausrüstungsinvestitionen haben sich nach den Rückgängen im Sommerhalbjahr zuletzt auf dem erreichten Niveau halten können, ausschlaggebend war eine kräftige Nachfrage der öffentlichen Hand. Die Ausfuhren konnten dank der Beschleunigung des Welthandels wieder Kurs auf Erholung nehmen. Der Beitrag der Exporte zur Expansion des Bruttoinlandsprodukts wurde allerdings von den ebenfalls stark steigenden Importen mehr als aufgezehrt, sodass vom Außenhandel mit 0,4 Prozentpunkten rechnerisch per saldo ein recht kräftiger Dämpfer ausging.

In den ersten Monaten des Jahres 2017 hat sich die Geschäftslage in der gewerblichen Wirtschaft – ausgehend von einem hohen Niveau – nochmals gebessert. In der Industrie lag die Produktion im Januar um 2,2% über dem Vorquartalsniveau; Zuwächse gab es in allen

² Dass die Entwicklung auf den Aktienmärkten trotz hoher wirtschaftspolitischer Risikowahrnehmung schon seit dem Jahr 2011 bemerkenswert günstig verläuft, könnte damit zusammenhängen, dass die unkonventionelle Geldpolitik in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften Vermögenspreise nach oben treibt.

Tabelle 4**Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung^a**
Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal

	2016				2017				2018			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
private Konsumausgaben	0,7	0,2	0,2	0,3	0,7	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
öffentlicher Konsum	1,3	0,9	0,2	0,8	0,9	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,2	0,4
Ausrüstungen	0,9	-2,3	-0,5	-0,1	1,5	0,4	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Bauten	2,7	-1,7	-0,3	1,6	-0,3	2,2	1,0	0,8	0,6	0,5	0,5	0,5
sonstige Anlagen	0,9	0,7	0,6	0,3	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Vorratsinvestitionen ^b	-0,4	-0,1	0,3	0,3	-0,4	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
inländische Verwendung	0,7	-0,1	0,5	0,9	0,3	0,5	0,6	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4
Außenbeitrag ^b	0,1	0,5	-0,3	-0,4	0,2	-0,1	-0,1	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Exporte	1,4	1,2	-0,3	1,8	1,9	1,4	1,1	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2
Importe	1,4	0,1	0,4	3,1	1,9	2,0	1,5	1,5	1,4	1,3	1,3	1,3
Bruttoinlandsprodukt	0,7	0,5	0,1	0,4	0,4	0,4	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4

^a Saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte; in Vorjahrespreisen. Zu den Auswirkungen der Revision der Erwerbstätigenzahl für das Jahr 2016 auf die Prognose vgl. Kasten 3. – ^b Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 1. Quartal 2017: Prognose des IWH.

großen Wirtschaftsbereichen und sowohl für die im Inland als auch für die im Ausland abgesetzte Produktion. Dies spricht für nochmals anziehende Exporte und wieder steigende Investitionen in Ausrüstungen. Die Umsätze des Einzelhandels sind nach der Jahreswende allerdings etwas zurückgegangen, die Verbraucherstimmung ist laut GfK-Konsumklimaumfrage im Jahresvergleich aber immer noch als recht gut einzuschätzen. Die konsumnahen Branchen dürften deshalb weiter mit moderatem Tempo expandieren. Im Baugewerbe und bei deren Zulieferern dürfte die etwas ungünstigere Witterung den Anstieg der Bruttowertschöpfung im ersten Quartal 2017 allerdings gedämpft haben, dafür sprechen sowohl die Bauproduktion im Januar als auch das ifo Geschäftsklima im Bauhauptgewerbe in den ersten zwei Monaten des Jahres. Alles in allem dürfte sich im ersten Quartal ein Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion von 0,4% ergeben.

Im späteren Prognosezeitraum dürfte das Expansions-tempo tendenziell in etwa so fortgesetzt werden, allerdings kommt es zu leichten Verschiebungen zwischen den Antriebskräften (vgl. Tabelle 4). Motor der konjunkturellen Entwicklung bleibt alles in allem die Binnennachfrage. Insbesondere die Bauaktivitäten werden auf einen kräftigeren Wachstumspfad zurückkehren, denn neue Aufträge gehen bei anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen und einer guten Finanzlage der Gebietskörperschaften in großem Umfang ein. Dabei hatten die Auftragsbestände ohnehin schon Höchststände erreicht. Die Kapazitätsauslastung in den großen Wirtschaftsbereichen der Industrie und am Bau ist bereits überdurchschnittlich und lässt bei anhaltender

Expansion und günstigen Finanzierungsbedingungen auch mehr Investitionen der Unternehmen sowohl in Bauten als auch in Ausrüstungen vermuten. Die privaten Haushalte werden ihre Ausgaben wohl stabil ausweiten. Von den gestiegenen Energie- und Nahrungsmittelpreisen gehen für sich genommen zwar deutlich dämpfende Impulse auf den privaten Konsum aus. Der Arbeitsmarkt befindet sich aber in einer außerordentlich guten Verfassung und dürfte den Verbrauchern eine hohe Arbeitsplatz- und Einkommenssicherheit verschaffen. Der Staatsverbrauch wird im Prognoseverlauf etwas an Schwung verlieren, da die Ausgaben im Zusammenhang mit der Fluchtmigration nicht weiter ansteigen.

Tabelle 5**Beiträge der Nachfragekomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts^a**
in Prozentpunkten

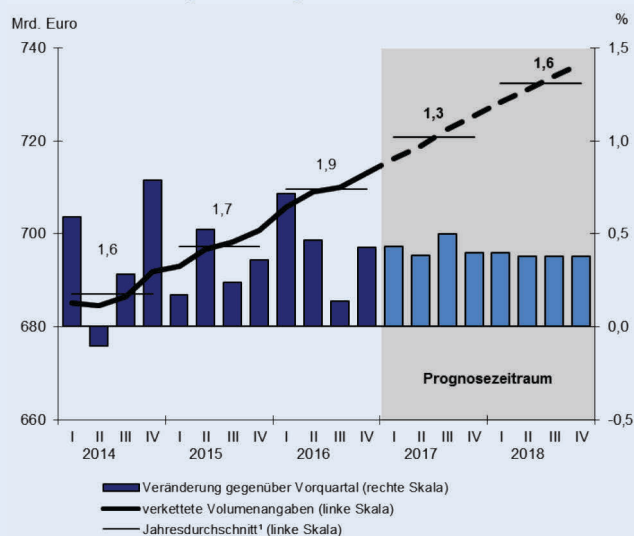
	2016	2017	2018
Konsumausgaben	1,8	1,3	1,1
private Konsumausgaben	1,1	0,8	0,8
Konsumausgaben des Staates	0,8	0,5	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	0,5	0,3	0,6
Ausrüstungen	0,1	0,1	0,2
Bauten	0,3	0,2	0,3
sonstige Anlagen	0,1	0,1	0,1
Vorratsveränderung	-0,2	0,1	0,0
inländische Verwendung	2,1	1,7	1,8
Außenbeitrag	-0,2	-0,4	-0,1
Exporte	1,2	2,2	2,2
Importe	-1,5	-2,6	-2,3
Bruttoinlandsprodukt	1,9	1,3	1,6

^a Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2017: Prognose des IWH.

Insgesamt bleibt die Binnennachfrage mit Zuwachsraten von 1,8% bis 1,9% aber anhaltend kräftig und stimuliert so die Importe nach Deutschland. Die Ausfuhren werden entsprechend der zu erwartenden weltwirtschaftlichen Nachfrage ihr Tempo im Verlauf eher etwas entschleunigen, somit wird der Außenhandel in beiden Prognosejahren per saldo die Expansion der Produktion weiter dämpfen (vgl. Tabelle 5). Insgesamt steigt nach vorliegender Prognose das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Jahr 2017 um 1,3%, im Jahr darauf um 1,6% (vgl. Abbildung 5). Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Anzahl von Arbeitstagen ist die Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Jahr 2017 mit 1,6% nur wenig schwächer als im Vorjahr (vgl. Tabelle 6). Die Kapazitäten der deutschen Wirtschaft dürften im Prognosezeitraum in etwa durchschnittlich ausgelastet sein (vgl. Abbildung 6 und Kasten 2). Für das Jahr 2017 reicht das 66%-Prognoseintervall für den Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von 0,7% bis 1,9%, für das Jahr 2018 von -0,1% bis 3,3% (vgl. Abbildung 8).³

Abbildung 5
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 1. Quartal 2017: Prognose des IWH.

³ Das 66%-Prognoseintervall überlagert die tatsächliche Wachstumsrate mit einer Wahrscheinlichkeit von 66% – sofern das Basisszenario zutreffend ist. Zur Berechnung werden die Prognosefehler des IWH aus der Vergangenheit herangezogen und Risikoszenarien ausgeblendet, d.h. die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken ist höher als hier angegeben. Darüber hinaus dürfte das Bruttoinlandsprodukt für die Vergangenheit ebenso in den kommenden Jahren revidiert werden, wie Abbildung 7 für die Jahre 2012 bis 2016 zeigt. Zur Methode des Backcasting, vgl. *Arbeitskreis Konjunktur des IWH: Binnenwirtschaft trägt Konjunktur in Deutschland* in: *IWH, Wirtschaft im Wandel*, Jg. 20 (1), 2014, 8-19.

Tabelle 6
Statistische Komponenten der BIP-Wachstumsrate
in % bzw. Prozentpunkten

	2016	2017	2018
statistischer Überhang ^a	0,5	0,5	0,6
Jahresverlaufsrate ^b	1,8	1,7	1,5
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderbereinigt	1,8	1,6	1,6
Kalendereffekt ^c	0,1	-0,3	0,0
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderjährlich ^d	1,9	1,3	1,6

^a Saison- und kalenderbereinigtes reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – ^b Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. – ^c In % des realen BIP. – ^d Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2017: Prognose des IWH.

Abbildung 6
Produktionslücke in Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 1. Quartal 2017: Prognose des IWH.

Die Beschäftigung stieg im Jahresdurchschnitt 2016 nach Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen kräftig.⁴ Überdurchschnittlich stark legte erneut die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu. Zugleich sank die – auf die Erwerbspersonen bezogene – Arbeitslosenquote erstmalig seit der deutschen Vereinigung unter die Sechs-Prozent-Marke. Die Zahl der Personen im Kontext von Fluchtmigration⁵, die erwerbstätig sind, wird wohl nur wenig zunehmen. Da zugleich die Zahl

⁴ Zwar spiegeln die vierteljährlichen VGR-Daten eine Verlangsamung des Beschäftigungsaufbaus wieder, mittlerweile ist allerdings bekannt, dass diese Werte vom Statistischen Bundesamt in Zukunft deutlich nach oben revidiert werden, vgl. Kasten 3.

⁵ Die Bundesagentur fasst Asylbewerber, anerkannte Schutzberechtigte und geduldete Ausländer zur so genannten Gruppe Personen im Kontext von Fluchtmigration zusammen. Zur besseren Lesbarkeit wird dort auch von „Geflüchteten“ oder „Flüchtlingen“ gesprochen.

Kasten 2

Zur Schätzung des Produktionspotenzials

Auf Grundlage der Schätzung des potenziellen Arbeitsvolumens, des Kapitalstocks und des trendmäßigen Verlaufs der Produktivität ergibt sich für den Zeitraum von 2017 bis 2021 ein durchschnittlicher Anstieg des Produktionspotenzials von 1,7% pro Jahr (vgl. Tabelle 7).^a Der Fehler bei der Erfassung der Erwerbstätigenzahl im Jahr 2016 (vgl. Kasten 3) wirkt sich auch auf die Schätzung des Produktionspotenzials aus. Die Potenzialwachstumsrate für das Jahr 2017 wird dadurch überschätzt. Lässt man diesen Effekt außen vor, ergibt sich für den Zeitraum von 2017 bis 2021 eine durchschnittliche Potenzialwachstumsrate von 1,6%.

Tabelle 7

Das Produktionspotenzial und seine Determinanten

1995 bis 2021; jahresdurchschnittliche Veränderung in %^a

	tatsächliche Entwicklung ^b		potenzielle Entwicklung ^c	
	1995 bis 2016		1995 bis 2016	2016 bis 2021 ^{c,d}
Produktionspotenzial	1,4		1,3	1,7
Kapitalstock	1,6	(0,6)	1,6	1,4 (0,5)
Solow-Residuum	0,7	(0,7)	0,7	0,9 (0,9)
Arbeitsvolumen	0,1	(0,1)	0,1	0,5 (0,3)
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	-0,0		-0,0	0,2
Partizipationsquote	0,5		0,4	0,4
Erwerbsquote	0,2		0,2	0,1
durchschnittliche Arbeitszeit	-0,5		-0,5	-0,2
nachrichtlich:				
Arbeitsproduktivität	1,2		1,2	1,2

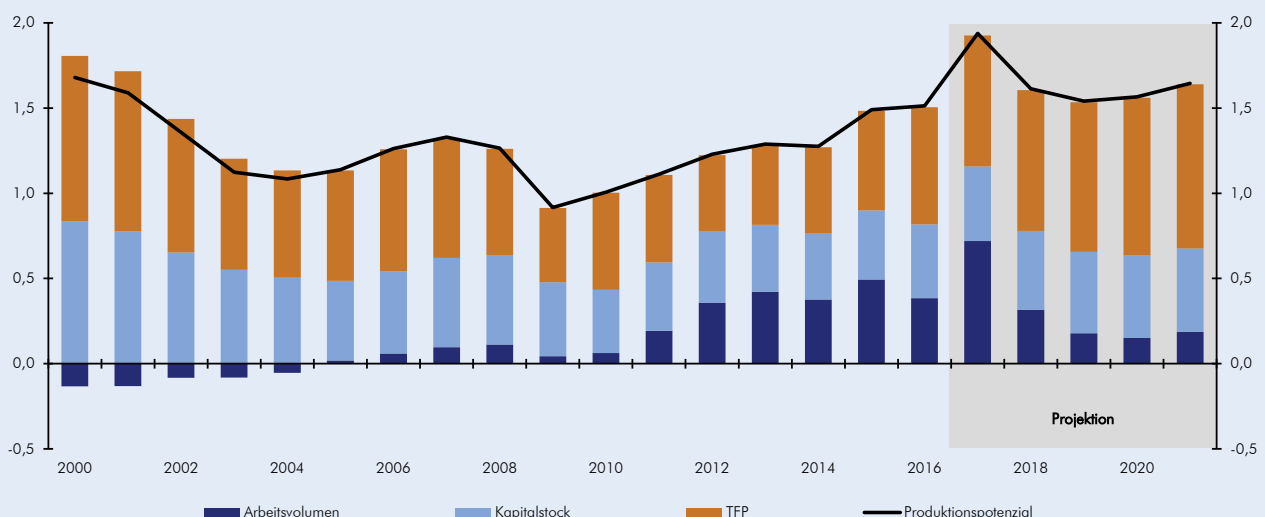
^a Differenzen in den aggregierten Werten durch Rundung, in Klammern: Wachstumsbeiträge. – ^b Tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes und seiner Determinanten. – ^c Potenzielle Entwicklung gemäß dem Vorgehen nach EU-Methode, jedoch Abweichung im Detail. – ^d Zu den Auswirkungen der Revision der Erwerbstätigenzahl für das Jahr 2016 auf die Prognose vgl. Kasten 3.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektion des IWH.

Abbildung 7

Wachstumsbeiträge der Produktionsfaktoren zum Produktionspotenzial

in %, Prozentpunkten



Quellen: Statistisches Bundesamt; Europäische Kommission; Berechnungen und Projektion des IWH.

Der erwartete jährliche Zuwachs des Arbeitsvolumens um 0,5% im Projektionszeitraum wird maßgeblich von hoher Zuwanderung, einer steigenden Partizipationsquote und einem Rückgang der strukturellen Erwerbslosenquote bestimmt. Für die Jahre 2017 und 2018 wird dabei mit einer Nettozuwanderung von 480 000 und 355 000 Personen, darunter

100 000 und 75 000 Personen im Kontext von Fluchtmigration, gerechnet. Unter der Annahme stark rückläufiger Fluchtmigration nach Deutschland und abnehmender Zuwanderung aus der EU wird der Wanderungssaldo auf 200 000 Personen zum Ende des Projektionszeitraums im Jahr 2021 zurückgehen. Der erwartete Anstieg der Partizipationsquote von 72,0% im Jahr 2016 auf 73,4% im Jahr 2021 ist auf drei Faktoren zurückzuführen: Zum einen wird von einem kontinuierlichen Anstieg der Erwerbsbeteiligung von Personen im Kontext von Fluchtmigration von knapp 34% im Jahr 2016 auf 58% im Jahr 2021 ausgegangen.^b Zum anderen wird mit einer stärkeren Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer und einer weiter wachsenden Zunahme der Beteiligung von Frauen gerechnet.^c Der Rückgang der Erwerbslosenquote von Geflüchteten von knapp 75% im Jahr 2016 auf 62% im Jahr 2021 und ein sich fortsetzender leichter Rückgang der Erwerbslosenquote der übrigen Erwerbspersonen führt zu einem Rückgang der unbeobachtbaren strukturellen Erwerbslosenquote im Projektionszeitraum von 4,1% im Jahr 2016 auf 3,5% im Jahr 2021. Die Verringerung der durchschnittlichen Arbeitszeit je Erwerbstätigen dürfte sich fortsetzen (-0,2%).

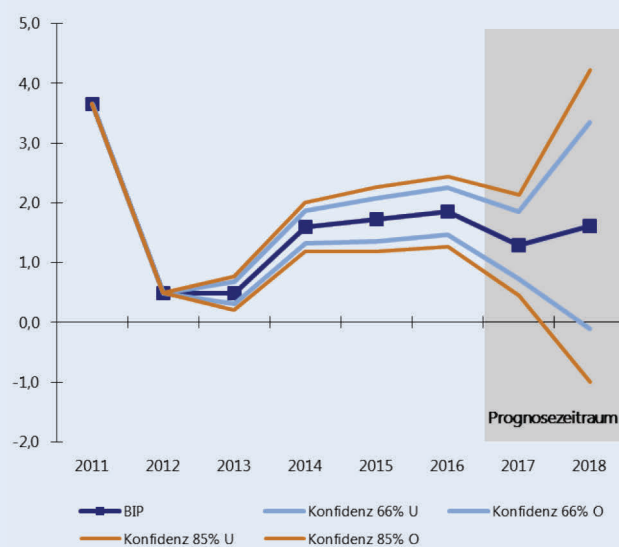
Der hohe Beitrag des Faktors Arbeit zum Potenzialwachstum im Jahr 2017 (vgl. Abbildung 7) geht zum Teil darauf zurück, dass die Beschäftigtenzahl für das Jahr 2016 in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zurzeit noch zu niedrig ausgewiesen ist. Die Erfassung der zu erwartenden Revision in der vorliegenden Prognose für das Jahr 2017 führt zu einem sprunghaften Anstieg des Arbeitsvolumens. Dieser Beitrag wird bis zum Ende des Projektionszeitraums auf knapp 0,2% zurückgehen. Der Wachstumsbeitrag des Kapitalstocks und der Produktivität am Potenzialwachstum dürfte im Laufe des Projektionszeitraums leicht zunehmen.

^a Zum Vorgehen zur Schätzung des Produktionspotenzials, vgl. Brautzsch, H.-U.; Heinisch, K.; Holtemöller, O.; Loose, B.; Wieschemeyer, M.; Zeddies, G.: Die mittelfristige wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland für die Jahre 2016 bis 2021, in: IWH, *Konjunktur aktuell*, Jg. 4 (4), 2016. – ^b Erwartete Erwerbsbeteiligung von Geflüchteten basiert auf Erfahrungen der Arbeitsmarktintegration früherer Flüchtlingskohorten. Vgl. Bach, S.; Brücker, H.; Deuverden, K. van; Haan, P.; Romiti, A.; Weber, E.: Fiskalische und gesamtwirtschaftliche Effekte: Investitionen in die Integration der Flüchtlinge lohnen sich, *IAB-Kurzbericht 02/2017*. – ^c Vgl. Fuchs, J.; Söhnlein, D.; Weber, B.: Projektion des Erwerbspersonenpotenzials bis 2060: Arbeitskräfteangebot sinkt auch bei hoher Zuwanderung. *IAB-Kurzbericht 06/2017*.

Abbildung 8

Prognoseunsicherheit¹

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



¹ Zur Berechnung werden die Prognosefehler der Vergangenheit herangezogen und Risikoszenarien ausgeblendet, d. h., die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken ist höher als hier angegeben.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

der als arbeitslos registrierten Flüchtlinge merklich zunehmen dürfte, ist davon auszugehen, dass im Verlauf des Jahres 2017 die Arbeitslosigkeit allmählich steigen wird. Die Arbeitslosenquote wird im Durchschnitt des Jahres 2017 dennoch bei 5,6%, im Jahr darauf allerdings bei 5,8% liegen. Das Erwerbspersonenpotenzial wird im Prognosezeitraum weiter deutlich steigen.

Expansion in Ostdeutschland so hoch wie im Westen

Die ostdeutsche Wirtschaft (einschließlich Berlin) dürfte im Jahr 2016 wohl in etwa so stark expandiert haben wie der Westteil der Republik. Neben den höheren Nachfrageimpulsen der privaten und öffentlichen Haushalte nach Konsumgütern sowie nach Wohnimmobilien und Infrastrukturbauten hat vor allem das hohe Expansionstempo der distributiven und staatlichen Dienstleister in Berlin dazu beigetragen. Auch im Jahr 2017 wird die ostdeutsche Wirtschaft von der Verlagerung der Antriebskräfte vom Ausland auf das Inland profitieren und mit 1,3% wohl im Gleichschritt mit Westdeutschland expandieren (vgl. Tabelle 8). Entscheidende Impulsgeber bleiben die konsumnahen Branchen des

Produzierenden Gewerbes und des Dienstleistungsbereichs. Zugleich expandiert die Weltwirtschaft etwas kräftiger, sodass die Exporte, aber auch die Vorleistungslieferungen der ostdeutschen Unternehmen an westdeutsche Endproduzenten von Exportgütern dann wieder etwas an Fahrt gewinnen. Der schwächere Zuwachs der Produktion gegenüber dem Jahr 2016 resultiert – wie in Deutschland insgesamt – zu einem Großteil aus der geringeren Anzahl von Arbeitstagen. Zwar werden Nachfrage und Produktion in den ostdeutschen Flächenländern nach wie vor durch demographische Faktoren belastet, der Bevölkerungszuwachs in Berlin und die dort verstärkte Ausweitung der Tourismus-, Kultur- und Kreativwirtschaft werden sie aber wohl weitgehend ausgleichen. Unter Berücksichtigung der schwächeren Bevölkerungsentwicklung bedeutet dies, dass sich in Ostdeutschland der Aufholprozess gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Trippelschritten fortsetzt.

Tabelle 8
Prognose des IWH für Ostdeutschland

	2016	2017
	reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	
Bruttoinlandsprodukt	1,9	1,3
<i>nachrichtlich</i> : Deutschland	1,9	1,3
	in 1 000 Personen	
Erwerbstätige (Inland) ^a	7 809	7 921
<i>nachrichtlich</i> : Deutschland	43 475	44 095
Arbeitslose ^a	712	660
<i>nachrichtlich</i> : Deutschland	2 691	2 630
	in %	
Arbeitslosenquote ^b	8,4	7,7
<i>nachrichtlich</i> : Deutschland	5,8	5,6

^a Angaben zur Erwerbstätigkeit für das Jahr 2016 laut „Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“. – Zu den Auswirkungen der Revision der Erwerbstätigenzahl für das Jahr 2016 auf die Prognose vgl. Kasten 3. – ^b Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland).

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder, ab 2016: Prognose des IWH.

Im Jahr 2016 nahm nach den Angaben der amtlichen Statistik die Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland mit 1,0% genauso so stark zu wie in Westdeutschland. Besonders kräftig stieg die Beschäftigung mit 2,5% in Berlin. In den ostdeutschen Flächenländern kam es zu einem Beschäftigungsaufbau von 0,6%. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig (SV-pflichtig) Beschäftigten stieg in Ostdeutschland gegenüber dem Vorjahr mit 2,1% fast genauso schnell wie in Westdeutschland (2,2%). Dabei hat im vierten Quartal des Jahres 2016 der Aufbau an SV-pflichtiger Beschäftigung an Dynamik gewonnen.

Die registrierte Arbeitslosigkeit lag im Jahr 2016 um 62 000 Personen unter dem Stand des Vorjahrs. Der Rückgang war etwas schwächer als der Beschäftigungsaufbau. In Westdeutschland nahm die registrierte Arbeitslosigkeit dagegen nur um 42 000 Personen ab, obwohl die absolute Zahl der Erwerbstätigen erheblich kräftiger zugenommen hat. Die Ursache liegt in der unterschiedlichen Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials. Die auf die Erwerbspersonen bezogene Arbeitslosenquote war im Jahr 2016 in Ostdeutschland mit 8,4% erheblich höher als in Westdeutschland (5,3%). Im Verlauf des Jahres 2017 wird die Beschäftigung weiter zunehmen, allerdings etwas schwächer als in Westdeutschland. Getragen wird der Beschäftigungsaufbau auch weiterhin von der SV-pflichtigen Beschäftigung. Die registrierte Arbeitslosigkeit nimmt weiter ab; sie dürfte im Jahresdurchschnitt 660 000 Personen betragen. Die Arbeitslosenquote wird wohl dann bei 7,7% liegen.

Rahmenbedingungen für die Prognose

Bezüglich des internationalen Umfeldes liegen der vorliegenden Prognose folgende Annahmen und Prognosen zugrunde: Der Preis für Öl der Sorte Brent liegt im Durchschnitt des Jahres 2017 bei 56 und im Jahr 2018 bei 59 US-Dollar pro Barrel.⁶ Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar bleibt bis Ende des Jahres 2015 bei 1,05 Dollar pro Euro. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist im Prognosezeitraum in etwa so hoch wie Anfang 2017, gegenüber dem übrigen Euroraum geht sie ein wenig zurück. Die EZB erhöht ihren Hauptrefinanzierungssatz in der zweiten Jahreshälfte 2018 auf 0,25%. Die monetären Bedingungen in Deutschland sind weiterhin günstig, allerdings war zuletzt sowohl auf den Kreditmärkten als auch auf den Kapitalmärkten eine etwas höhere Volatilität zu beobachten, die sich fortsetzen dürfte. Bei den Renditen sowohl für Staatsanleihen als auch für Unternehmensanleihen war nach einem – teils starken – Anstieg von November bis Januar zuletzt eine Abnahme zu beobachten, sodass zehnjährige deutsche Staatsanleihen derzeit mit 0,15% und Unternehmensanleihen durchschnittlich mit 1,9% rentieren. Auf den Kreditmärkten wiederum ist eine zweigeteilte Entwicklung zu beobachten. Neue Konsumentenkredite wurden erneut günstiger und haben aktuell einen Zins von 5,7%. Bei Krediten an Unternehmen

⁶ Die Setzungen für den Ölpreis ergeben sich aus der Prognose seiner nachfrageseitigen Determinanten. Vgl. zur Methodik *Arbeitskreis Konjunktur des IWH*: Kasten 1: Zur Endogenisierung des Ölpreises in der vorliegenden Prognose, in: *IWH, Konjunktur aktuell*, Jg. 3 (5), 2015, 188 und 189.

und für den Wohnungsbau gab es hingegen einen leichten Anstieg zu verzeichnen, sie rentieren derzeit mit 1,3% und 1,7%. Laut Bank Lending Survey der Deutschen Bundesbank erwarten die Banken für die nächsten drei Monate eine weiterhin erhöhte Nachfrage nach Krediten seitens der Unternehmen bei unveränderten Kreditrichtlinien. Für Haushalte ergibt sich ein ähnliches Bild. Hier rechnet die Mehrheit der Banken mit einer erhöhten Nachfrage sowohl für Immobilien- als auch Konsumkredite. Gleichzeitig erwarten sie zudem auch eine Lockerung der Kreditrichtlinien. Insgesamt dürften sich die in Deutschland zu beobachtenden sehr günstigen monetären Rahmenbedingungen im Prognosezeitraum fortsetzen, jedoch bei höherer Volatilität.

Von diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen geht im Jahr 2017 erneut ein expansiver Impuls aus. Bei den Steuern wirken, neben dem Alterseinkünftegesetz, vor allem die weitere Anhebung von Grund- und Kinderfreibetrag sowie die Verschiebung der Tarifeckwerte bei der Einkommensteuer entlastend. Auch wird die Kernbrennstoffsteuer ab dem Jahr 2017 nicht mehr erhoben. Staatliche Mehrausgaben resultieren insbesondere aus der Erhöhung des Kindergeldes, Reformen im Gesundheitswesen und dem zweiten Pflegestärkungsgesetz, in dessen Rahmen der Pflegebedürftigkeitsbegriff weiter gefasst und die Leistungen insbesondere für pflegebedürftige Demenzkranke ausgeweitet werden. Schließlich liefern im Jahr 2017 zusätzliche investive Maßnahmen positive Impulse. Dämpfend wirkt

Tabelle 9

Änderung von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen^a
Haushaltentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (-), in Mrd. Euro gegenüber Vorjahr

	2017	2018
Alterseinkünftegesetz	-1,2	-1,3
Gesetz zum Abbau der kalten Progression und zur Anpassung von Familienleistungen	0,2	-0,3
Erhöhung des Kindergeldes sowie des Grund- und Kinderfreibetrags 2017 und 2018, Verschiebung der Eckwerte beim Einkommensteuertarif	-2,1	-3,4
Kaufprämie für und steuerliche Förderung von Elektroautos	-0,1	0,0
Wegfall der Kernbrennstoffsteuer	-0,4	0,0
Weiterentwicklung der steuerlichen Verlustverrechnung bei Körperschaften	-0,4	-0,2
Wegfall von Altkapitalerstattungen		2,1
sonstige steuerliche Maßnahmen ^b	-0,1	-0,1
LKW-Maut auf allen Bundesstraßen		1,0
Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 1. Januar 2017 um 0,2 Prozentpunkte auf 2,55%	2,5	0,1
Senkung der Insolvenzgeldumlage zum 1. Januar 2017 um 0,03 Prozentpunkte	-0,3	0,0
GKV-Versorgungsstärkungsgesetz	0,0	-0,2
Bundesteilhabegesetz	-0,2	-0,5
zweites Pflegestärkungsgesetz	-4,5	0,7
rentenpolitische Maßnahmen ^c		-0,8
Reform der Strukturen der Krankenhausversorgung	-0,8	0,6
Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes	-0,4	0,0
Stärkung der beruflichen Weiterbildung und des Versicherungsschutzes in der Arbeitslosenversicherung	0,1	0,1
zusätzliche investive Ausgaben ^d	-2,0	-1,8
Investitionsprogramm zur Mikroelektronik	-0,1	-0,2
Investitionspakt für sozialen Zusammenhalt	-0,2	-0,1
Förderung des sozialen Wohnungsbaus	-0,3	0,0
Auslaufen der Fluthilfemaßnahmen	1,0	0,0
Integrationsgesetz	-0,2	0,2
insgesamt (Mrd. Euro)^e	-9,5	-4,1
insgesamt (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %)	-0,3	-0,1

^a Ohne makroökonomische Rückwirkungen. – ^b Reform der Investmentbesteuerung, Gesetz gegen schädliche Steuerpraktiken im Zusammenhang mit Rechteüberlassungen, Änderung des Einkommensteuergesetzes im Rahmen der Hilfen für Milchbauern, Neuregelung der Erbschaft- und Schenkungssteuer. – ^c Anpassung des aktuellen Rentenwerts in Ostdeutschland, Verbesserungen für Erwerbsgeminderte, Stärkung der Betriebsrenten, Flexirente. – ^d investive Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag sowie zusätzliche Investitionen im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsfonds und des Investitionspakets über zehn Mrd. Euro, zusätzliche Mittel für den Ausbau der Kindertagesbetreuung, zusätzliche Ausgaben für die innere und äußere Sicherheit. – ^e Differenzen durch Rundungsfehler.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

hingegen die Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung um 0,2 Prozentpunkte, die der Finanzierung der Mehrausgaben im Rahmen der zweiten Stufe der Pflegereform dient (vgl. Tabelle 9). Alles in allem beläuft sich der durch diskretionäre finanzpolitische Maßnahmen ausgelöste Impuls auf 0,3% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Im kommenden Jahr schwächt sich, nach derzeitiger Gesetzeslage, der von diskretionären finanzpolitischen

Maßnahmen ausgehende Impuls deutlich ab. Zwar ergeben sich bei der Einkommensteuer durch das Alterseinkünftegesetz eine nochmalige Erhöhung von Grund- und Kinderfreibetrag und durch die weitere Verschiebung der Tarifeckwerte bei der Einkommensteuer weitere Entlastungen. Bei den Sozialversicherungen gehen insbesondere rentenpolitische Maßnahmen mit Mehrausgaben einher. So wird ab dem Jahr 2018 der aktuelle Rentenwert in Ostdeutschland schrittweise

Kasten 3

Zur Revision der Beschäftigungsstatistik

Mit der Veröffentlichung der Daten zur Erwerbstätigkeit für den Monat Januar 2017 hat das Statistische Bundesamt rückwirkend ab Mitte des Jahres 2016 die Angaben zur Zahl der Erwerbstätigen deutlich revidiert.^a Die Quartalsdurchschnitte für das dritte bzw. vierte Quartal 2016 liegen nunmehr um 156 000 (0,4%) bzw. 307 000 Personen (0,7%) über den in der Fachserie 18 Reihe 1.2 veröffentlichten Werten.^b Im Jahresdurchschnitt bedeutet dies eine Korrektur um 118 000 Personen bzw. knapp 0,3%.^c

Die Ursache für den deutlich höheren Ausweis der Erwerbstätigenzahlen liegt in einer beträchtlichen Revision der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten durch die Bundesagentur für Arbeit.^d Der Grund dafür liegt in Datenverarbeitungsfehlern, die Auswirkungen auf die zuvor veröffentlichten Daten haben. So weisen die neuen Hochrechnungsergebnisse für den Monat November 2016 die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 385 000 bzw. 1,2% höher aus als bisher veröffentlicht.

Als Folge dieser erheblichen Datenrevision muss auch das Verlaufsbild korrigiert werden. Nunmehr hält die Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung gegenüber dem Vorjahr unverändert an. Dabei stieg im Monat November 2016 die Zahl der deutschen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 419 000 Personen; bei altem Datenstand lag dieser Wert lediglich bei 34 000. Die abnehmende Zahl und die zunehmende Alterung der deutschen Erwerbsbevölkerung konnten nach Einschätzung der Bundesagentur für Arbeit offensichtlich bis zum aktuellen Rand durch eine zunehmende Erwerbsbeteiligung ausgeglichen werden.^e

Die Änderung in der Zahl der Erwerbstätigen dürfte zudem Auswirkungen auf weitere Größen in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen haben. So ergeben sich wohl Folgerevisionen bei den Bruttolöhnen und -gehältern, die wiederum ein höheres verfügbares Einkommen implizieren dürften. Dieses zusätzliche Einkommen sollte letztlich auch zu Korrekturen in den Verwendungsaggregaten führen. Davon sind auch die daraus folgende Verteilungs- und Sektorrechnung sowie deren Relationskennziffern betroffen. Alles in allem werden die neuen Monatszahlen der Erwerbstätigen in einer weitreichenden Überarbeitung und Revision der amtlichen Statistik münden.

In der vorliegenden Prognose wurden für das Jahr 2016 die veröffentlichten Quartalswerte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zur Erwerbstätigkeit und zum Arbeitsvolumen^f verwendet, in die noch nicht die neuen Monatszahlen zur Erwerbstätigkeit eingearbeitet worden sind. Für die Prognose des Jahres 2017 wurden jedoch die neueren Informationen über den tatsächlichen Stand der Erwerbstätigkeit berücksichtigt und es wurde versucht, die Folgen der veränderten Erwerbstätigkeit für andere zu prognostizierende Größen der Entstehungs-, Verwendungs-, Verteilungs- und Sektorrechnung abzuschätzen. Dadurch ergeben sich erhebliche Sprünge zwischen der noch nicht korrigierten, aber derzeit noch gültigen amtlichen Statistik für das Jahr 2016 und der hier vorliegenden Prognose für das Jahr 2017.

^a Vgl. *Statistisches Bundesamt*: 43,6 Millionen Erwerbstätige im Januar 2017. *Pressemitteilung Nr. 069 vom 01.03.2017*. – ^b Vgl. *Statistisches Bundesamt*: *Fachserie 18, Reihe 1.2. (4. Vierteljahr 2016)*. – ^c Auf Ostdeutschland dürften davon etwa 18 000 Personen entfallen. – ^d Vgl. *Bundesagentur für Arbeit*: *Hintergrundinfo – Beschäftigungsstatistik: Korrektur vorläufiger Ergebnisse für das 2. Halbjahr 2016*. Nürnberg, März 2017. – ^e Vgl. *Bundesagentur für Arbeit*: *Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland – Monatsbericht, Februar 2017*. Nürnberg 2017, 11. Nach Angaben von Eurostat nahm die Erwerbsbeteiligung vor allem von Frauen und älteren Personen weiter zu. So stieg die Erwerbsbeteiligungsquote von Frauen im Alter von 15 bis 64 Jahren im dritten Quartal 2016 – neuere Daten liegen noch nicht vor – gegenüber dem Vorjahresquartal von 74,9% auf 76,2%. Die Erwerbsbeteiligung von Personen im Alter von 60 bis 64 Jahren nahm im gleichen Zeitraum um 1,9 Prozentpunkte zu. – ^f Vgl. *Statistisches Bundesamt*: *Fachserie 18, Reihe 1.2. (4. Vierteljahr 2016)*. In einer Presseinformation des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vom 07.03.2017 wurde eine an die revidierten Erwerbstätigenzahlen angepasste Arbeitsvolumenrechnung bis zum vierten Quartal 2016 veröffentlicht. Dabei wurden die Arbeitszeiten je Erwerbstätigen, die in der Fachserie 18, Reihe 1.2. (4. Vierteljahr 2016) veröffentlicht wurden, fast unverändert übernommen. Das Arbeitsvolumen lag demnach im Jahr 2016 um 541 Millionen Stunden über dem Vorjahreswert. Nach dem alten Rechenstand betrug die Zunahme lediglich 385 Millionen Stunden.

an den westdeutschen angeglich; zudem werden die Betriebsrenten gestärkt und die Leistungen an Erwerbsgeminderte ausgeweitet. Dämpfend wirken im Jahr 2018 jedoch insbesondere der Wegfall von Altkapitalerstattungen bei der Körperschaftsteuer und die Ausweitung der LKW-Maut auf sämtliche Bundesstraßen. Nach derzeitiger Gesetzeslage liegt der von diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen ausgehende Impuls im Jahr 2018 bei 0,1% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Aufgrund der Bundestagswahl im Herbst 2017 sind Aussagen über den Ausrichtungsgrad der Finanzpolitik im Jahr 2018 jedoch mit höheren Unsicherheiten als in Nicht-Wahljahren behaftet.

Aktuelle Daten zeigen: Beschäftigungsaufbau ungebrochen

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich weiter recht günstig. Die Zahl der Erwerbstätigen und das Arbeitsvolumen nahmen im zweiten Halbjahr kräftig zu.⁷ Der Beschäftigungsaufbau wurde erneut von der SV-pflichtigen Beschäftigung getragen. Die geringfügige Beschäftigung ging weiter zurück. Dies deutet darauf hin, dass die durch die Einführung des Mindestlohns bedingte Umstrukturierung in diesem Arbeitsmarktsegment wohl noch nicht abgeschlossen ist. Die Zahl der Selbstständigen ging erstmals seit drei Jahren nicht weiter zurück. Dabei dürfte die Zahl der nicht geförderten Selbstständigen leicht gestiegen sein.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ging im vierten Quartal 2016 um 31 000 Personen gegenüber dem Vorquartal zurück.⁸ Dieser Rückgang war damit erneut geringer als der Beschäftigungsaufbau. Die Ursache dafür liegt vor allem darin, dass infolge der hohen Nettozuwanderung das Erwerbspersonenpotenzial weiter gestiegen ist. Zudem hat die Erwerbsbeteiligung vor allem von Frauen und älteren Personen weiter zugenommen. Einfluss hatte auch die deutliche Zunahme der Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.⁹ Im Gegensatz zur registrierten Arbeitslosigkeit nahm die Unterbeschäftigung im vierten Quartal um 11 000

Personen gegenüber dem Vorquartal zu.¹⁰ Die insgesamt günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hat sich bis zuletzt fortgesetzt. So stieg saisonbereinigt die Erwerbstätigkeit zu Beginn des Jahres 2017 erneut kräftig, und die Arbeitslosigkeit nahm in den ersten beiden Monaten des Jahres 2017 weiter ab.

Der Beschäftigungsaufbau dürfte sich weiter fortsetzen (vgl. Abbildung 9). Dafür sprechen der hohe Bestand an offenen Stellen sowie das ifo Beschäftigungsbarometer. Auch die Komponente Erwerbstätigkeit des IAB-Arbeitsmarktbarometers zeigt einen weiteren Anstieg der Erwerbstätigkeit an. Eine wichtige Rolle für den anhaltend kräftigen Beschäftigungsaufbau spielt auch die zuwanderungsbedingte Ausweitung des Arbeitsangebots.¹¹ Insgesamt wird die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2017 wohl um 1,4% und im Folgejahr um etwa 0,7% zunehmen.¹² Die Arbeitsstunden je Erwerbstätigen werden erneut abnehmen. Dies resultiert vor allem aus einem negativen Arbeitstageeffekt.¹³ Die Arbeitslosigkeit dürfte im Verlauf des Jahres 2017 steigen, da dann die Zahl der arbeitslos registrierten Flüchtlinge zunehmen dürfte. Die Arbeitslosenquote wird im Durchschnitt des Jahres 2017 bei 5,6% und im Jahr 2018 bei 5,8% liegen. Das Erwerbspersonenpotenzial wird im Prognosezeitraum weiter kräftig zunehmen.¹⁴

Bei der Prognose muss beachtet werden, dass sowohl die registrierte Arbeitslosigkeit als auch die Erwerbstätigkeit maßgeblich von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen beeinflusst werden. Sollten Asylbewerber verstärkt durch derartige Maßnahmen gefördert werden, wird der Anstieg der Arbeitslosigkeit geringer ausfallen, da Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nicht zu den registrierten Arbeitslosen zählen.¹⁵

⁷ Mit der Veröffentlichung der Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung für den Monat Januar 2017 wurden die Daten ab Mitte 2016 erheblich revidiert. Über die Ursachen und den Umfang der Revision sowie die Konsequenzen für das Verlaufsbild vgl. Kasten 3. In den Tabellen und der Abbildung 9 wird die Entwicklung bis zum vierten Quartal 2016 auf der Grundlage der in der Fachserie 18 Reihe 1.2. (Rechenstand: 4. Quartal 2016) veröffentlichten Daten dargestellt.

⁸ Im Vorjahresvergleich nahm die Arbeitslosigkeit um 109 000 Personen ab. Dabei stand einem Rückgang von deutschen Arbeitslosen von 181 000 eine Zunahme von ausländischen Arbeitslosen um 72 000 Personen gegenüber.

⁹ Die Zahl der Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen lag im vierten Quartal 2016 um knapp 118 000 Personen über dem Vorjahresstand.

¹⁰ Allerdings nahm in den Monaten Januar und Februar 2017 die Unterbeschäftigung ab. Zu den Unterbeschäftigten gehören neben den registrierten Arbeitslosen auch die Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Beim Konzept der Unterbeschäftigung wird angenommen, dass ohne den Einsatz dieser Maßnahmen die Arbeitslosenzahl entsprechend höher ausfallen würde. In der hier verwendeten Abgrenzung sind bei den Unterbeschäftigten die Kurzarbeiter nicht eingerechnet. Vgl. hierzu auch: *Bundesagentur für Arbeit: Umfassende Arbeitsmarktstatistik: Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung*. Nürnberg, Mai 2009, 19 ff., sowie *Weiterentwicklung des Messkonzepts der Unterbeschäftigung*. Nürnberg 2011.

¹¹ In der Prognose des IWH ist für das Jahr 2017 eine Nettozuwanderung von ca. 480 000 und für das Jahr 2018 von 350 000 Personen unterstellt. Zudem wird angenommen, dass die Zahl der der Asylanträge im Jahr 2017 140 000 und im Jahr 2018 110 000 betragen wird.

¹² Berücksichtigt man die neuen Monatswerte zur Erwerbstätigkeit für das zweite Halbjahr 2016, so würde der Anstieg der Beschäftigung im Jahr 2017 1,1% und Jahr 2018 0,8% betragen.

¹³ Vgl. auch: Vgl. *Fuchs, J.; Gehrke, B.; Hummel, M.; Hutter, C.; Klinger, S.; Wanger, S.; Weber, E.; Weigand, R.; Zika, G.*: IAB-Prognose 2016/2017: Arbeitslosigkeit sinkt weiter, in: *IAB-Kurzbericht 20/2016*, 5 f.

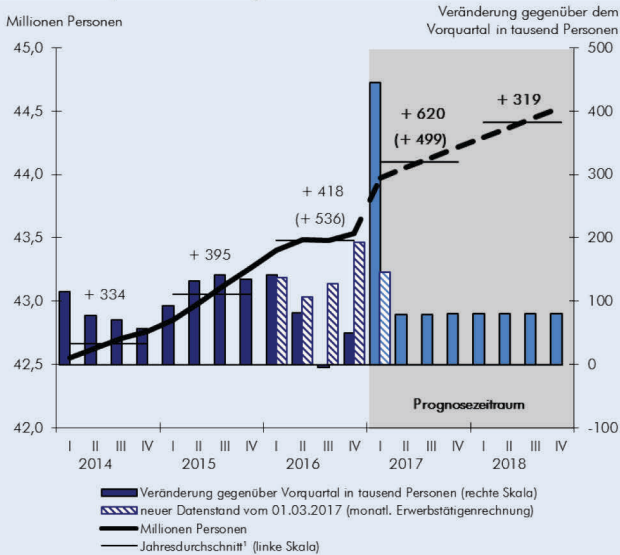
¹⁴ Vgl. *Fuchs, J.; Gehrke, B.; Hummel, M.; Hutter, C.; Klinger, S.; Wanger, S.; Weber, E.; Weigand, R.; Zika, G.*, a. a. O., 7 f.

¹⁵ So waren im November 2016 – neuere Daten liegen noch nicht vor – 81 000 Personen im Kontext von Fluchtmigration in arbeitsmarkt-

Zudem zählen Teilnehmer in einigen Maßnahmen wie beispielsweise Ein-Euro-Jobs¹⁶ als Erwerbstätige, sodass derartige Maßnahmen auch die Zahl der Erwerbstätigen beeinflussen.

Abbildung 9
Erwerbstätige

Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen (Werte in Klammern: neuer Datenstand). Zu den Auswirkungen der Revision der Erwerbstätigenzahl für das Jahr 2016 auf die Prognose vgl. Kasten 3.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 1. Quartal 2017: Prognose des IWH.

Lohnsteigerungen weiterhin moderat

Der Tarifverdienstanstieg war im Jahr 2016 etwas geringer als im Jahr zuvor. Das dürfte zum einen an den etwas niedrigeren Tariflohnabschlüssen im Jahr 2016 liegen, zum anderen gab es häufig schwächere Tariflohnhebungen bei den zweiten Stufen früherer Lohnrunden, die im Jahr 2016 wirksam wurden. Zu diesen sehr moderaten Einigungen unter den Tarifpartnern dürfte wohl auch die ausgesprochen niedrige Verbraucherpreis-inflation beigetragen haben. Da die Inflation aktuell anzieht und auch im Prognosezeitraum nicht wieder wesentlich zurückgehen dürfte, werden die im Prognosezeitraum neu abzuschließenden Tariflohnverträge bei einem weiterhin florierenden

politischen Maßnahmen. Das waren 8,4% aller Personen in diesen Maßnahmen. Davon entfielen 59 000 auf Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung.

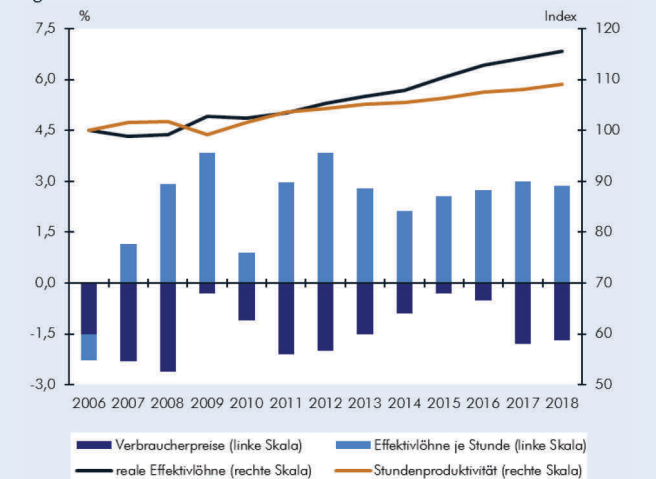
https://statistik.arbeitsagentur.de/nn_32022/SiteGlobals/Forms/Rubrikensuche/Rubrikensuche_Form.html?view=processForm&resourceId=210368&input_=&pageLocale=de&topicId=1095966&year_month=201702&year_month.GROUP=1&search=Suchen

¹⁶ Die Zahl der Personen im Kontext von Fluchtmigration mit einem Ein-Euro-Job war im November 2016 mit weniger als 4 000 Personen sehr gering.

Arbeitsmarkt wohl wieder etwas kräftiger ausfallen. Dies deutet sich bereits bei dem zuletzt abgeschlossenen Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes der Länder an. Hier steigen die Tarifverdienste in der zweiten Stufe, die ab dem Jahr 2018 gilt, mit 2,35% etwas kräftiger als die aktuell wirksame Erhöhung um 2,0%. Allerdings dürfte der Anstieg in der Summe der Tarifverdienste erst verzögert voll wirksam werden, da Altverträge teilweise noch bis in das Jahr 2018 laufen. Der Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten, der im zweiten Quartal 2016 etwas an Fahrt verloren hatte, legte im dritten und vierten Quartal wieder stärker zu. Insgesamt stiegen die Effektivlöhne je Beschäftigten im Jahr 2016 um 2,4%. Sie legten damit schneller zu als die Tariflöhne. Angesichts der weiterhin robusten Wirtschaftslage und der etwas stärkeren Inflation dürften die Löhne im Verlauf des Prognosezeitraums leicht anziehen. Dem entgegen wirkt die dann wohl stärker wirksam werdende Integration Geflüchteter in den Arbeitsmarkt, von denen viele eher geringere Einstiegsgehälter bekommen dürften. Insgesamt werden die Effektivlöhne im Jahr 2017 ähnlich schnell wie im Jahr zuvor zulegen, im Jahr 2018 steigen sie dann etwas schneller.¹⁷

Abbildung 10
Effektivlöhne je Stunde, Verbraucherpreis-inflation und Stundenproduktivität

Veränderung gegenüber Vorjahr in %; Index 2006 = 100; Inflation mit negativem Vorzeichen



Quellen: Deutsche Bundesbank; Statistisches Bundesamt; Darstellung des IWH.

Mit Beginn des Jahres 2017 beträgt der gesetzliche Mindestlohn 8,84 Euro pro Stunde. Damit steigt der Mindestlohn um 4,0%. Dies ist kräftiger als der Durchschnitt

¹⁷ Die Revision der Beschäftigungsstatistik (vgl. Kasten 3) dürfte auch Auswirkungen auf die Bruttolöhne- und -gehälter haben.

der Stundenlöhne im Jahr 2017, die wohl um 3,0% zulegen werden. Im Jahr 2018 werden sich diese wohl nochmals ähnlich schnell erhöhen (vgl. Abbildung 10). Die Lohnstückkosten, die im Jahr 2016 moderat um 1,4% gestiegen sind, werden in den beiden Prognosejahren wohl etwas stärker zunehmen.¹⁸

Merkliche Belebung des Außenhandels

Nach einer schwachen Entwicklung im Sommer stiegen die Aus- und Einfuhren im letzten Quartal 2016 wieder kräftig an. Anders als in den ersten drei Quartalen legten die Einfuhren dabei deutlich stärker zu als die Ausfuhren. Während sich die Warenausfuhren vor allem in Drittländer erhöhten, zogen die Einfuhren sowohl aus Drittländern als auch aus den Ländern der Europäischen Union merklich an. Aufgrund der verbesserten Konjunktur in den meisten Mitgliedsländern des Euroraums belebte sich der Handel in der Region deutlich. Auch im Januar 2017 setzte sich diese Entwicklung nach ersten Schätzungen fort.

Die Entwicklung der Ausfuhren im vierten Quartal wurde vor allem durch wieder stärker gestiegene Warenlieferungen (Spezialhandel) ins nichteuropäische Ausland bestimmt. So wurde in den Nahen und Mittleren Osten, nach Südostasien und in die Vereinigten Staaten wieder mehr exportiert; die Belebung der Ausfuhren nach China und Japan sowie in Schwellenländer wie Russland und Brasilien setzte sich nach einer Unterbrechung im Sommer fort. Auch in die Länder der Europäischen Union weiteten sich die Warenlieferungen wieder etwas kräftiger aus als im Vorquartal. So stiegen sie überdurchschnittlich nach Portugal, den Niederlanden, Österreich und Italien sowie in die mittel- und osteuropäischen EU-Mitglieder. In letzteren stieg die Nachfrage mit einer Belebung der Konjunktur deutlich an. Aus Großbritannien hingegen blieb die Nachfrage aufgrund der starken Abwertung des Pfunds verhalten. Die optimistischen Exporterwartungen der Unternehmen und die Auftragseingänge deuten für die nächsten Monate auf weitere Impulse für die Ausfuhren hin. So ist der Index der Auftragseingänge aus dem Ausland (ohne Berücksichtigung von Großaufträgen) im vierten Quartal stark gestiegen. Während die Aufträge aus Drittstaaten zu Beginn dieses Jahres wieder abnahmen, blieben die jüngsten Auftragseingänge aus der Eurozone aufwärtsgerichtet. Zusammen mit der Einschätzung der Weltkon-

junktur deuten diese Indikatoren auf eine weiterhin moderate Expansion der Exporte hin.

Die Einfuhren stiegen im Schlussquartal 2016 sehr kräftig an. Dafür waren sowohl die wieder schwungvolleren Ausfuhren als auch die dynamische Binnennachfrage ursächlich. Vor allem Exporteure aus China und Südostasien konnten mehr Waren nach Deutschland liefern. Unter den westeuropäischen Partnerländern wurden aus Großbritannien und den Niederlanden deutlich mehr Waren importiert. Die gestiegenen Einfuhren aus den OPEC-Ländern sowie Russland dürften hingegen vor allem mit den höheren Energiepreisen zusammenhängen. Die Importe profitieren im Prognosezeitraum von den jüngst wieder anziehenden Ausfuhren sowie im weiteren Verlauf 2017 von der sich positiv entwickelnden Binnennachfrage, darunter den aufwärtsgerichteten Ausrüstungsinvestitionen. Im Jahr 2017 wie auch im kommenden Jahr werden die Importe mit 6,8% bzw. 5,7% etwas stärker steigen als die Exporte (4,8% bzw. 4,6%).

Die Terms of Trade haben sich 2016 aufgrund der starken Rohstoffpreiserückgänge und eines deutlichen Sinkens der Einfuhrpreise im Jahresdurchschnitt verbessert. Mit dem Auslaufen dieser Effekte und einem stärkeren Anstieg der Einfuhrpreise gegenüber den Ausfuhrpreisen haben sie sich aber bereits in der zweiten Jahreshälfte etwas verschlechtert; zu Jahresbeginn 2017 werden sie nochmals fallen, im weiteren Jahresverlauf aber wieder leicht steigen, wenn die Ausfuhrpreise dann wieder stärker zulegen werden als die Einfuhrpreise. Im restlichen Prognosezeitraum werden die Terms of Trade in etwa stagnieren.

Unternehmensinvestitionen erholen sich nur schrittweise

Die Anlageinvestitionen haben nach der Schwäche im Sommerhalbjahr zuletzt wieder zulegen können. Sichtbare Zugewinne kamen allerdings nur von den Investitionen in Forschung und Entwicklung und den Bauinvestitionen. Die Finanzierungsbedingungen sowohl durch Fremd- als auch durch Eigenmittel sind außerordentlich günstig. Neben den schon länger florierenden Wohnungsbauinvestitionen und den durch Programme gestützten staatlichen Investitionen haben zuletzt auch die Investitionen der Unternehmen in Bauten etwas angezogen.¹⁹ Zurückhaltend blieben die Unternehmen allerdings hinsichtlich Investitionen in

¹⁸ Auch die Berechnung der Lohnstückkosten dürfte von der Revision der Beschäftigungsstatistik (vgl. Kasten 3) betroffen sein. Weil die aktuell vorliegenden Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das Jahr 2016 zu niedrige Beschäftigtenzahlen ausweisen, dürften neben der Lohnsumme auch die Lohnstückkosten zu niedrig angesetzt sein.

¹⁹ Dies ist zum Teil einem höheren Saldo aus Grundstückskäufen und -verkäufen geschuldet.

ihren Maschinen-, Geräte- und Fahrzeugpark, und dies nun bereits das dritte Quartal in Folge. Die Kapazitätsauslastung ist zwar in vielen Wirtschaftsbereichen gestiegen und inzwischen überdurchschnittlich, gemessen an den eingegangenen Aufträgen reichten die vorhandenen Kapazitäten aber wohl noch weitgehend aus. Alles in allem wird sich die Investitionskonjunktur im Prognosezeitraum aber wohl tendenziell festigen und etwas an Breite gewinnen. Die konjunkturellen Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft sind nachfrage-, finanzierungs- und wettbewerbsseitig recht gut. Vor diesem Hintergrund haben die inländischen Auftragseingänge bei den Investitionsgüterproduzenten zum Jahresende 2016 und damit deren Umsätze im Januar kräftig zugelegt. Der zu erwartende Zugewinn im ersten Quartal dürfte allerdings wohl vor allem aufgestauten und nun notwendigen Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen geschuldet sein. Aktuell hat der Orderzufluss wieder deutlich nachgegeben und signalisiert für das Frühjahr zunächst eine Verschnaufpause. Im späteren Prognoseverlauf werden die Ausrüstungsinvestitionen dann aber wohl auf einen moderaten Expansionspfad einschwenken. Neben der robust steigenden Binnennachfrage profitieren die Unternehmen auch wieder von der etwas schwungvolleren Nachfrage aus dem Ausland. Darauf verweist unter anderem die DIHK-Umfrage zu Beginn dieses Jahres.²⁰ Danach stellen neben den binnenorientierten Dienstleistungsbereichen gegenwärtig auch die produzierenden Bereiche wieder vermehrt Investitionen in Ausrüstungen in Aussicht, wenngleich die Zuwächse im Trend eher auf eine gemäßigte Gangart hindeuten. Die Zinsen sind zwar sehr niedrig, die Eigenkapitalausstattung der Unternehmen recht gut; die zu erwartenden Impulse aus der Welt beschleunigen sich im späteren Prognoseverlauf aber nicht weiter. Außerdem scheint der Mangel an geeigneten Fachkräften die Expansion vieler Unternehmen tendenziell zu beschränken.²¹ Der Wirtschaftsbau, für den nach längerer Pause zuletzt erste Konturen einer Erholung sichtbar wurden, dürfte seine Aufwärtsbewegung in moderatem Tempo fortsetzen.²² Darauf deuten die Auftragseingänge und die zuletzt nochmals gestiegenen Auftragsbestände für gewerblich Hoch- und Tiefbaubauten hin. Anregungen

kommen von den öffentlichen Förderprogrammen für den Breitbandausbau sowie dem Investitionsprogramm der Deutschen Bahn. Zudem signalisieren die Baugenehmigungen neuerlich deutliche Impulse von den Dienstleistungsbereichen; hier vor allem für den Bau von Büro- und Verwaltungsgebäude sowie für Handels- und Lagergebäude.

Die Investitionen in Ausrüstungen nehmen nach schwachen Zuwächsen von um die 1% in den Jahren 2016 und 2017 im Jahr darauf wohl mit knapp 3,8% wieder kräftiger zu; bei den gewerblichen Bauten ergibt sich nach Stagnation in den Jahren 2016 und 2017 ein Zuwachs von reichlich 2% im Jahr 2018 (vgl. Tabelle 10). Die Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE) tragen im gesamten Prognosezeitraum mit etwa 0,1 Prozentpunkten zur Expansion des Bruttoinlandsprodukts bei.

Tabelle 10
Reale Anlageinvestitionen in Deutschland
Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	2016	2017	2018
Anlageinvestitionen insgesamt ^a	2,3	1,7	3,2
Ausrüstungen	1,1	0,9	3,8
sonstige Anlagen	2,6	2,3	2,6
Bauinvestitionen insgesamt	3,0	1,9	3,0
Wohnbauten	4,2	3,0	3,2
Nichtwohnbauten insgesamt	1,0	0,2	2,6
gewerbliche Bauten	0,2	-0,4	2,2
öffentliche Bauten	2,9	1,7	3,6

^a Bereinigt um die geringere Anzahl von Arbeitstagen fallen die Investitionen im Jahr 2017 hier und in allen Unteraggregaten um etwa 0,7 bis 0,8 Prozentpunkte höher aus.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2017: Prognose des IWH.

Wohnungsbau und öffentlicher Bau expandieren weiter kräftig

Der Wohnungsbau, der seit etwa sieben Jahren die Baukonjunktur treibt, bleibt auch im Prognosezeitraum die entscheidende Triebfeder. Bei den überwiegend im Wohnungsbau tätigen Unternehmen sind zuletzt wieder deutlich mehr Aufträge eingegangen, dabei waren die Auftragsbestände ohnehin außergewöhnlich hoch. Ausschlaggebend dürften die günstigen Rahmenbedingungen von Seiten des Arbeitsmarkts, der Einkommensentwicklung und der historisch niedrigen Zinsen sein, wodurch Wohneigentum für private Haushalte trotz gestiegener Kaufpreise im Schnitt immer noch erschwinglich ist. Angesichts der schwachen Wohnungsausweitung in der Vergangenheit und der Zuwanderung in den letzten Jahren hat darüber hinaus der Mehrfamilienhausbau an Bedeutung gewonnen.

²⁰ <http://www.dihk.de/themenfelder/wirtschaftspolitik/konjunktur-und-wachstum/umfragen-und-prognosen/konjunkturumfrage-jahresbeginn-2017>, 36-43.

²¹ Vgl. ebenda, 37.

²² Die Bautätigkeit wurde in den ersten Monaten des Jahres 2017 aufgrund witterungsbedingter Behinderungen gedämpft. Dies dürfte sich in einer leicht rückläufigen Entwicklung aller Bausparten im ersten Quartal 2017 niederschlagen, die durch Mehrarbeit im Sommerhalbjahr wieder ausgeglichen wird.

Hier sind bei nach wie vor günstigen Finanzierungsbedingungen und wenig attraktiven anderweitigen Anlagemöglichkeiten vor allem Wohnungsunternehmen und institutionelle Investoren aktiv. Die zeitliche Abarbeitung des derzeit aufgestauten Auftragsbestandes dürfte aber stark von den Kapazitäten des Baugewerbes und das weitere Nachfließen von Aufträgen von der Baulandbereitstellung und -erschließung abhängen. Beide Faktoren zügeln wohl derzeit die Wohnungsbauaktivitäten. Die vorliegende Prognose unterstellt deshalb eine zeitliche Verteilung anstehender Wohnungsbaumaßnahmen über den gesamten Prognosezeitraum, die zugleich mit weiter anziehenden Baupreisen einhergeht. Alles in allem steigen die Wohnungsbauinvestitionen in den Jahren 2017 und 2018 mit einer Rate von etwa 3%.

Der öffentliche Bau, der im vergangenen Jahr dank der von der Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen zum Ausbau von Bildungseinrichtungen und der Verkehrsinfrastruktur sowie zur Förderung der Investitionstätigkeit finanzschwacher Kommunen kräftig zugelegt hatte, bleibt weiter aufwärtsgerichtet. Die Auftragsbestände befinden sich auch hier auf vergleichsweise hohem Niveau, außerdem sind neue Aufträge zuletzt nochmals kräftig nachgeflossen. Neue Impulse dürften nun vor allem von dem ab dem Jahr 2016 wirkenden Investitionspaket ausgehen, das auf die Schwerpunkte Verkehrsinfrastruktur, digitale Infrastruktur, Energieeffizienz, Klimaschutz und Städtebauförderung ausgerichtet ist. Außerdem wurde das Programm zur Finanzierung notwendiger Investitionen bei finanzschwachen Kommunen verlängert. Nach dem Zuwachs von 2,9% im Jahr 2016 dürften die öffentlichen Bauinvestitionen in den beiden Prognosejahren nochmals um 1,7% bzw. um 3,6% zulegen. Alles in allem steigen die Bauinvestitionen nach vorliegender Prognose in den Jahren 2017 und 2018 mit knapp 2% bzw. 3% nochmals recht kräftig und stützen mit 0,2 bzw. 0,3 Prozentpunkten die Expansion des Bruttoinlandsprodukts in etwa so stark wie im zurückliegenden Jahr.

Wiederkehr der Inflation dämpft Konsum der privaten Haushalte

Die privaten Haushalte weiteten ihre Konsumnachfrage vor allem zu Beginn des Jahres 2016 deutlich aus. Möglich wurde dies durch rückläufige Konsumentenpreise und die damit einhergehenden realen Einkommensgewinne. Im weiteren Verlauf des Jahres 2016 ließ die Dynamik bei der Ausweitung der privaten Nachfrage dann wieder etwas nach, um dann am Ende

des Jahres nochmals etwas zuzulegen. Vor allem der Einzelhandel profitierte vom gestiegenen Verbrauch der privaten Haushalte und konnte seine Umsätze kräftig ausweiten. Auch die Kfz-Umsätze lagen auf sehr hohem Niveau. Unterstützt wurde dies durch einen weiterhin kräftigen Arbeitsmarkt mit entsprechenden Lohnzuwächsen. Auch gab es im Sommer 2016 eine mit 4½% außergewöhnlich kräftige Rentenanpassung. Für das erste Quartal 2017 deuten die Kfz-Neuzulassungen auf eine leichte Dämpfung der privaten Käufe hin. Auch die realen Einzelhandelsumsätze gingen zu Beginn des Jahres 2017 leicht zurück. Insbesondere die gestiegenen Verbraucherpreise dürften die erzielten Umsätze gedämpft haben. Dies spiegelt sich auch in der Einschätzung der befragten Konsumenten in der GfK-Konsumklimastudie wider, die sich im Februar etwas pessimistischer äußerten. Damit dürfte der private Verbrauch im ersten Quartal 2017 wohl ähnlich schnell wie im Vorquartal steigen.²³ Letztlich werden die nach wie vor positiven Einkommens- und Arbeitsmarktperspektiven den Konsum der privaten Haushalte weiterhin günstig beeinflussen (vgl. Abschnitt „Lohnsteigerungen weiterhin moderat“). Die monetären Sozialleistungen nahmen im Jahr 2016 wie schon im Vorjahr überdurchschnittlich zu. Insbesondere hat die nochmalige kräftige Ausweitung der gesetzlichen Rentenleistungen dazu beigetragen. Auch die ausgezahlten Sozialleistungen infolge der Fluchtmigration dürften zum deutlichen Anstieg der monetären Sozialleistungen geführt haben. In den Jahren 2017 und 2018 werden die monetären Sozialleistungen weiterhin kräftig ausgeweitet.

Insgesamt sind die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in Deutschland im Jahr 2016 relativ stark gestiegen. Im Jahr 2017 werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte dann etwas weniger zunehmen. Im Jahr 2018 wird sich der Anstieg wieder etwas beschleunigen. Die höhere Verbraucherpreis-inflation dürfte im Prognosezeitraum den Zuwachs der realen verfügbaren Einkommen jedoch erheblich verringern.

Die Sparquote ist trotz der niedrigen Zinsen relativ konstant geblieben und wird sich auch im Prognosezeitraum wohl kaum verändern.²⁴ Alles in allem dürfte der private Konsum im Prognosezeitraum etwas weniger stark zulegen als im Jahr 2016.

²³ Durch die Revision der Beschäftigungsstatistik (vgl. Kasten 3) dürfte es zu höheren verfügbaren Einkommen im Jahr 2016 kommen. Es ist anzunehmen, dass ein Teil dieser Einkommen konsumtiv verwendet worden ist.

²⁴ Auch das Sparen ist von der Revision der Beschäftigungsstatistik betroffen (vgl. Kasten 3).

Inflation zieht etwas an

Nachdem die Inflation zu Beginn des Jahres 2016 rückläufig war, nahm sie im Frühjahr des Jahres – vor allem bedingt durch einen Anstieg der Ölpreise – wieder zu. Nach einer vorübergehenden Abschwächung im Sommer gab es am Ende des Jahres 2016 und zu Beginn des Jahres 2017 wieder kräftigere Preissteigerungen bei Mineralölprodukten. Auch bei Gemüse kam es zum Jahreswechsel witterungsbedingt zu kräftigen Preisaufschlägen. Die Verteuerung der Mieten verstärkte sich zudem. Im Februar 2017 lag die Inflationsrate bei 2,2%. Mit der Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns um 4% zu Beginn des Jahres 2017 sind weitere Preissteigerungen bei einigen binnenwirtschaftlich orientierten Dienstleistungsbereichen wie der Gesundheitspflege und den Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen zu erwarten. Damit dürften die Verbraucherpreise in den nächsten Quartalen weiter steigen. Auch das teurere Erdöl und die damit verbundenen Preissteigerungen bei den Importen werden die Verbraucherpreise in Deutschland weiter erhöhen. Insgesamt dürfte die Inflation im Jahr 2017 bei 1,8% liegen und im Jahr danach bei 1,7%.

Hoher Haushaltsüberschuss des Staates verringert sich

Im Jahr 2016 lag der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo bei knapp 24 Mrd. Euro bzw. 0,8% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Damit hat sich die Finanzlage des Staates das dritte Jahr in Folge verbessert.²⁵ Im Jahr 2017 wird sich der Überschuss der öffentlichen Haushalte wieder verringern. Auf der Einnahmeseite werden insbesondere die Steuereinnahmen, die in den Vorjahren konjunkturbedingt kräftig zugelegt haben, deutlich verlangsamt expandieren. Neben dem kalenderbedingt geringeren Produktionsanstieg tragen hierzu Steuererleichterungen bei.²⁶ Die Sozialbeiträge legen im laufenden Jahr bei weiterhin kräftig expandierenden Bruttolöhnen und -gehältern erneut deutlich zu. Zwar erhöht sich der durchschnittliche Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung in diesem Jahr nicht weiter. Zusätzlich einnahmesteigernd wirkt jedoch die Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflege-

versicherung zum 1. Januar 2017. Die empfangenen Vermögenseinkommen gehen infolge einer nochmals rückläufigen Gewinnabführung der Bundesbank erneut spürbar zurück. Alles in allem nehmen die Einnahmen des Staates im Jahr 2017 um 2,6% zu, nach 4,2% im Vorjahr.

Die öffentlichen Ausgaben werden im Jahr 2017 mit 3,2% stärker zulegen als die Einnahmen. Zwar expandieren die Vorleistungskäufe, nicht zuletzt aufgrund der deutlich abgeschwächten Fluchtmigration, stark verlangsamt. Auch bei den sozialen Sachleistungen dämpft die geringere Zuwanderung den Anstieg. Dem stehen allerdings Mehrausgaben im Zusammenhang mit der zweiten Stufe der Pflegereform gegenüber. Die monetären Sozialleistungen werden im Jahr 2017 etwas beschleunigt ausgeweitet. Hierzu trägt zum einen die hohe Rentenanpassung zur Mitte des Jahres 2016 bei, die bis in das erste Halbjahr 2017 hinein wirkt. Zum anderen erwerben immer mehr Flüchtlinge mit der Anerkennung als Asylbewerber Anspruch auf monetäre Sozialleistungen. Die Zinsausgaben des Staates gehen mit den weiterhin günstigen Refinanzierungskonditionen des Staates weiter zurück, allerdings in geringerem Maße als in den Vorjahren. Alles in allem verringert sich der Haushaltsüberschuss des Staates im Jahr 2017 auf 0,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.²⁷

Im Jahr 2018 werden die Einnahmen des Staates mit der leicht anziehenden Konjunktur wieder etwas stärker zunehmen. Zwar wirken bei den Steuern die Entlastungen im Bereich der Einkommensteuer nochmals einnahmemindernd. Dagegen geht der Wegfall von Altkapitalerstattungen mit deutlichen Mehreinnahmen bei der Körperschaftsteuer einher. Die Nettosozialbeiträge legen im Jahr 2018 bei einer schwächer expandierenden Lohnsumme verlangsamt zu. Dagegen dürften die empfangenen Vermögenseinkommen des Staates mit einer wieder etwas höher ausfallenden Gewinnabführung der Bundesbank im Jahr 2018 wieder zunehmen. Alles in allem dürften die öffentlichen Einnahmen im Jahr 2018 um 3,2% zulegen. Auch die Ausgaben des Staates nehmen im kommenden Jahr wieder beschleunigt zu, auch wenn sich die Dynamik bei den Vorleistungen und den sozialen Sachleistungen mit der rückläufigen Fluchtmigration verlangsamen wird. Die monetären Sozialleistungen werden ebenfalls etwas langsamer expandieren als noch im Jahr zuvor.

²⁵ Im Jahr 2016 trug zu dieser Verbesserung auch die Erstattung von Mehrwertsteuereigenmitteln durch die EU bei, durch die der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo um knapp zwei Mrd. Euro höher ausfiel.

²⁶ So werden im Prognosezeitraum etwa bei der Einkommensteuer sowohl im Jahr 2017 als auch im Jahr 2018 der Grund- und der Kinderfreibetrag erhöht und die Tarifeckwerte um 0,73% (zum 1. Januar 2017) bzw. um 1,65% (zum 1. Januar 2018) verschoben.

²⁷ Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo wird im Jahr 2017 durch die Verbuchung der Erlöse aus der Versteigerung von Funkfrequenzen erhöht; diese verringern die staatlichen Ausgaben um 3,8 Mrd. Euro. Ohne die Berücksichtigung der Sondereffekte in den Jahren 2016 und 2017 würde sich der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo im Jahr 2017 stärker verringern.

Zwar nimmt die Zahl der Arbeitslosen im Jahr 2018 wieder zu, und diverse rentenpolitische Maßnahmen gehen mit Mehrausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung einher. Jedoch dämpfen die deutlich geringeren Rentenanpassungen in den Jahren 2017 und 2018 den Anstieg der monetären Sozialleistungen. Dagegen dürften die öffentlichen Investitionen mit der zunehmenden Umsetzung diverser investiver Maßnahmen im Jahr 2018 beschleunigt ausgeweitet werden. Zudem erhöhen deutlich steigende Abführungen an die EU die öffentlichen Ausgaben. Alles in allem nehmen die Ausgaben des Staates im Jahr 2018 um 3,7% zu. Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo verringert sich auf 0,2% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Der um konjunkturelle Einflüsse bereinigte Haushaltsüberschuss

verringert sich von 0,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2016 auf 0,3% im Jahr 2018.

Professor Dr. Oliver Holtemöller
IWH, Leiter der Abteilung Makroökonomik
Stellvertretender Präsident
Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de

Brautzsch, Hans-Ulrich; Drygalla, Andrej; Heinisch, Katja;
Kämpfe, Martina; Kiesel, Konstantin; Lindner, Axel;
Loose, Brigitte; Scherer, Jan-Christopher; Schultz, Birgit;
Wieschemeyer, Matthias; Zeddies, Götz
IWH, Arbeitskreis Konjunktur

Kasten 4**Zum ‚Arbeitslosengeld Q‘**

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) hat mit dem Arbeitslosengeld Q (ALG Q) ein Konzept vorgelegt, nach dem längere Phasen der Arbeitslosigkeit für Weiterbildungsmaßnahmen genutzt werden sollen.^a Während der Qualifizierungsphase soll das so genannte ALG Q gezahlt werden, welches in der Höhe dem ALG I entsprechen soll; nach Beendigung der Qualifizierung soll das ALG I weiter gezahlt werden. Da der Bezug des ALG Q nicht auf die maximale Bezugsdauer des ALG I angerechnet wird, kann sich die gesamte Bezugsdauer beider Leistungen auf maximal 48 Monate verlängern.^b Nach Schätzungen der SPD wären derzeit ungefähr 100 000 Personen anspruchsberechtigt.^c Durch die Neuregelung ergäben sich unmittelbare staatliche Mehrausgaben durch die Zahlung des ALG Q und die zusätzlichen Weiterbildungsangebote. Eine Umsetzung des Arbeitslosengelds Q ginge nach Schätzungen der SPD mit Mehrausgaben von ungefähr einer Milliarde Euro pro Jahr einher. Davon entfallen 600 Mio. Euro auf den verlängerten Bezug des ALG I. Wenngleich die positiven Effekte von Investitionen in die Bildung und die Qualifikation der Erwerbsbevölkerung auf das Wachstum des Produktionspotenzials außer Frage stehen, ist fraglich, ob die im Rahmen des ALG Q geplanten Maßnahmen zielführend sind. So verpflichtet das Konzept die Bundesagentur für Arbeit Arbeitslosen, die nach drei Monaten Arbeitslosigkeit keine neue Stelle gefunden haben, ein Angebot für eine Qualifizierungsmaßnahme zu unterbreiten. Ein solcher Rechtsanspruch auf Weiterbildung dürfte die Mismatch-Problematik am Arbeitsmarkt erhöhen. Bereits in der Vergangenheit galten die Weiterbildungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit nicht als besonders erfolgversprechend.^d So waren in Deutschland, trotz staatlicher Weiterbildungsmaßnahmen, im Jahr 2016 im Jahresdurchschnitt gut 650 000 offene Stellen gemeldet, darunter knapp 630 000 sozialversicherungspflichtige Stellen. Um qualifikationsbedingte Arbeitslosigkeit überhaupt nicht erst entstehen zu lassen, sollten zielgerichtete Qualifikationsmaßnahmen in den Unternehmen durchgeführt und deren staatliche Förderung gegebenenfalls ausgeweitet werden. Insbesondere bei älteren Arbeitnehmern ist fraglich, ob ein längerer Bezug von ALG I und eine berufliche Weiterbildung deren Chancen auf dem Arbeitsmarkt tatsächlich erhöhen.

Selbst wenn eine Weiterqualifikation die Beschäftigungschancen mancher Arbeitsloser erhöht, dürfte sich die Dauer der Arbeitslosigkeit insgesamt verlängern, wenn während der Weiterbildungsphase die Arbeitsplatzsuche unterbrochen wird.^e Zudem ist das ALG Q mit Fehlanreizen verbunden. Insbesondere für höher qualifizierte ältere Arbeitslose mit einem vergleichsweise hohen Anspruch auf ALG I dürfte die verlängerte Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes die Anreize zur Rückkehr in den Arbeitsmarkt eher schmälern. Bei der derzeit guten Lage am Arbeitsmarkt in Deutschland und der infolgedessen guten Finanzlage der Bundesagentur für Arbeit wäre das ALG Q durchaus finanzierbar.^f Bei einer konjunkturellen Abschwächung machen die mit dem ALG Q verbundenen Mehrausgaben jedoch eher Beitragssatzerhöhungen erforderlich, zumal die Mehrausgaben bei einer zunehmenden Zahl von Arbeitslosen steigen dürften. Da die Effektivität arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen eher gering ist, sollte die ökonomische Effizienz zusätzlicher Weiterbildungsmaßnahmen den Kosten und Nutzen alternativer Verwendungen der Überschüsse der Bundesagentur für Arbeit, beispielsweise Senkungen des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung, gegenübergestellt werden.

^a Darüber hinaus soll nach dem Konzept in Zukunft ein Anspruch auf ALG I entstehen, wenn innerhalb der vergangenen drei Jahre vor der Arbeitslosigkeit zehn Monate ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis bestand. Bislang mussten innerhalb der vergangenen zwei Jahre vor Beginn der Arbeitslosigkeit zwölf Monate sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nachgewiesen werden. Zudem sieht das Konzept eine Erhöhung des Schonvermögens bei Beziehern von Arbeitslosengeld II vor. – ^b Für Arbeitslose über 58 Jahre. – ^c Im Jahr 2016 lag die Zahl der ALG-I-Empfänger im Jahresdurchschnitt bei knapp 800 000 Personen. Die Zahl der erwerbsfähigen ALG-II-Empfänger belief sich auf über vier Millionen Personen. – ^d Vgl. z. B. *Kruppe, T.; Rudloff, K.*: Wirksamkeit beruflicher Weiterbildungsmaßnahmen: Eine mikroökonomische Evaluation der Ergänzung durch das ESF-BA-Programm in der Zeit von 2000 bis 2002 auf Basis von Prozessdaten der Bundesagentur für Arbeit. *IAB Discussion Paper 38/2008*. Nürnberg 2008. _ Vgl. auch *Büttner, T.; Schewe, T.; Stephan, G.*: Wirkung arbeitsmarktpolitischer Instrumente im SGB III: Maßnahmen auf dem Prüfstand. *IAB-Kurzbericht 8/2015*. Nürnberg 2015. – ^e Die durchschnittliche Bezugsdauer des ALG I liegt derzeit bei nur 190 Tagen. – ^f Im Jahr 2016 belief sich der Überschuss der Bundesagentur für Arbeit auf fünf Mrd. Euro, die Rücklagen liegen derzeit bei über elf Mrd. Euro.

Hauptaggregate der Sektoren in Mrd. Euro		2016					2017					2018				
		Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Priv. Haushalte und priv. Org. o.E.	übrige Welt		Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Priv. Haushalte und priv. Org. o.E.	übrige Welt		Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Priv. Haushalte und priv. Org. o.E.	übrige Welt	
1	= Bruttowertschöpfung	2 821,0	1 902,7	300,6	617,7	-	2 895,5	1 950,4	309,0	636,0	-	2 993,6	2 017,5	316,9	659,2	
2	- Abschreibungen	552,1	317,4	68,6	166,1	-	568,1	325,9	70,4	171,8	-	585,7	337,6	70,4	177,7	
3	= Nettowertschöpfung ¹	2 268,9	1 585,2	232,0	451,7	- 238,8	2 327,4	1 624,5	238,6	464,2	- 219,4	2 407,9	1 679,9	246,5	481,5	
4	- Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 590,1	1 131,8	235,8	222,5	14,1	1 654,9	1 180,3	242,6	232,0	13,9	1 712,8	1 223,6	248,8	240,5	
5	+ Geleistete sonstige Produktionsabgaben	22,1	12,7	0,2	9,2	-	21,9	12,6	0,2	9,1	-	22,1	12,7	0,2	9,2	
6	+ Empfangene sonstige Subventionen	25,6	23,9	0,2	1,5	-	25,8	24,1	0,2	1,5	-	26,1	24,4	0,2	1,5	
7	= Betriebsüberschuss/Selbständigeneinkommen	682,3	464,6	- 3,7	221,5	- 252,9	676,4	455,7	- 3,9	224,6	- 233,3	699,1	468,0	- 2,2	233,3	
8	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 593,2	-	-	1 593,2	11,0	1 658,0	-	-	1 658,0	10,8	1 715,9	-	-	1 715,9	
9	- Geleistete Subventionen	27,6	-	27,6	-	5,6	28,2	-	28,2	-	5,4	28,5	-	28,5	5,4	
10	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	334,4	-	334,4	-	6,9	344,0	-	344,0	-	6,9	352,3	-	352,3	6,9	
11	- Geleistete Vermögenseinkommen	723,1	652,0	43,4	27,7	174,8	706,5	639,6	41,1	25,8	165,4	690,1	625,5	40,1	24,5	
12	+ Empfangene Vermögenseinkommen	786,0	368,5	18,0	399,6	111,9	771,3	350,6	16,5	404,2	100,6	757,2	331,2	16,7	409,3	
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 645,2	1 810,0	277,7	2 186,5	- 303,4	2 715,0	1 666,6	287,3	2 261,0	- 285,8	2 805,9	1 737,7	298,1	2 334,0	
14	- Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	386,9	82,5	-	304,5	10,3	393,8	80,7	-	313,2	11,3	408,0	85,6	-	322,4	
15	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	396,8	-	396,8	-	0,4	404,7	-	404,7	-	0,4	419,9	-	419,9	0,4	
16	- Geleistete Nettosozialbeiträge ²	642,0	-	-	642,0	3,7	665,9	-	-	665,9	3,7	687,4	-	-	687,4	
17	+ Empfangene Nettosozialbeiträge ²	642,9	119,0	523,1	0,8	2,8	666,8	122,3	543,7	0,8	2,8	688,4	125,6	562,0	0,8	
18	- Geleistete monetäre Sozialleistungen	549,6	61,1	487,7	0,8	0,5	569,1	61,0	507,4	0,8	0,5	586,4	61,0	524,7	0,8	
19	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	542,7	-	-	542,7	7,3	562,1	-	-	562,1	7,5	579,2	-	-	579,2	
20	- Geleistete sonstige laufende Transfers	305,7	156,6	74,6	74,4	50,1	307,9	151,5	76,6	79,8	52,3	311,2	144,5	84,7	81,9	
21	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	265,4	142,6	19,3	103,5	90,3	270,9	147,0	19,6	104,3	89,3	274,2	149,0	19,9	105,3	
22	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 608,9	1 42,5	654,6	1 811,8	- 267,1	2 682,7	1 42,8	671,3	1 868,7	- 253,5	2 774,5	1 57,2	690,6	1 926,8	
23	- Konsumausgaben	2 295,3	-	616,1	1 679,2	-	2 374,4	-	642,6	1 731,8	-	2 447,5	-	662,3	1 785,2	
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 48,5	-	48,5	-	-	- 49,0	-	49,0	-	-	- 49,5	-	49,5	
25	= Sparen	313,6	94,0	38,5	181,1	- 267,1	308,3	93,8	28,6	185,8	- 253,5	327,0	107,7	28,3	191,0	
26	- Geleistete Vermögensstransfers	51,0	8,9	33,5	8,6	4,9	49,7	11,1	31,6	7,0	5,4	45,3	6,8	31,6	6,9	
27	+ Empfangene Vermögensstransfers	48,1	21,8	15,3	11,1	7,8	47,0	24,9	11,1	10,9	8,1	42,8	20,8	11,0	10,9	
28	- Bruttoinvestitionen	598,6	337,5	66,5	194,7	-	622,9	351,0	68,8	203,1	-	655,3	370,5	71,9	213,0	
29	+ Abschreibungen	552,1	317,4	68,6	166,1	-	568,1	325,9	70,4	171,8	-	585,7	337,6	70,4	177,7	
30	= Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	- 3,3	- 2,8	- 1,3	0,9	3,3	- 2,4	1,8	- 5,1	1,0	2,4	- 2,4	- 1,5	- 1,8	1,0	
31	= Finanzierungssaldo	267,4	89,6	23,7	154,1	- 267,4	253,1	80,8	14,8	157,5	- 253,1	257,2	90,4	8,0	158,8	
nachrichtlich:																
32	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 608,9	1 42,5	654,6	1 811,8	- 267,1	2 682,7	1 42,8	671,3	1 868,7	- 253,5	2 774,5	1 57,2	690,6	1 926,8	
33	- Geleistete soziale Sachtransfers	399,2	-	399,2	-	-	419,5	-	419,5	-	-	433,7	-	433,7	-	
34	+ Empfangene soziale Sachtransfers	399,2	-	-	399,2	-	419,5	-	-	419,5	-	433,7	-	-	433,7	
35	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchs-konzept)	2 608,9	1 42,5	255,4	2 211,0	- 267,1	2 682,7	1 42,8	251,8	2 288,2	- 253,5	2 774,5	1 57,2	256,9	2 360,5	
36	- Konsum ³	2 295,3	-	216,9	2 078,3	-	2 374,4	-	223,1	2 151,3	-	2 447,5	-	228,6	2 218,9	
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 48,5	-	48,5	-	-	- 49,0	-	49,0	-	-	- 49,5	-	49,5	
38	= Sparen	313,6	94,0	38,5	181,1	- 267,1	308,3	93,8	28,6	185,8	- 253,5	327,0	107,7	28,3	191,0	

¹ Für den Sektor übrige Welt importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – ² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialsysteme. – ³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Jahreswerte 2017, 2018 Prognose des IWH. Zu den Auswirkungen der Revision der Erwerbstätigenzahl für das Jahr 2016 auf die Prognose vgl. Kasten 3.

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2017 und 2018

	2016	2017	2018	2017		2018	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Erwerbstätige	1,0	1,4	0,7	1,3	1,6	0,7	0,7
Arbeitsvolumen	0,7	1,0	0,6	1,4	0,6	0,2	0,9
Arbeitsstunden je Erwerbstätige	-0,3	-0,4	-0,1	0,1	-1,0	-0,5	0,2
Produktivität ¹	1,2	0,3	1,0	0,0	0,6	1,3	0,7
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,9	1,3	1,6	1,4	1,2	1,5	1,7
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen							
a) in Mrd. Euro							
Konsumausgaben	2 295,3	2 374,4	2 447,5	1 159,7	1 214,7	1 194,8	1 252,7
Private Haushalte ²	1 679,2	1 731,8	1 785,2	846,0	885,8	871,3	914,0
Staat	616,1	642,6	662,3	313,7	328,9	323,5	338,8
Anlageinvestitionen	626,7	648,9	681,9	311,8	337,1	328,4	353,5
Ausrüstungen	204,4	208,6	218,2	99,9	108,8	104,0	114,3
Bauten	309,4	323,0	341,4	154,8	168,2	164,8	176,6
Sonstige Anlageinvestitionen	112,9	117,3	122,3	57,1	60,1	59,6	62,7
Vorratsveränderung ³	-28,1	-26,0	-26,6	-4,6	-21,4	-4,6	-21,9
Inländische Verwendung	2 893,9	2 997,3	3 102,8	1 466,8	1 530,5	1 518,5	1 584,3
Außenbeitrag	238,8	219,4	220,1	117,6	101,8	116,5	103,6
Exporte	1 441,4	1 529,2	1 611,0	755,9	773,3	795,3	815,7
Importe	1 202,6	1 309,8	1 390,9	638,3	671,5	678,7	712,2
Bruttoinlandsprodukt	3 132,7	3 216,7	3 323,0	1 584,5	1 632,2	1 635,1	1 687,9
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	3,4	3,4	3,1	3,5	3,4	3,0	3,1
Private Haushalte ²	2,6	3,1	3,1	3,1	3,2	3,0	3,2
Staat	5,6	4,3	3,1	4,7	3,9	3,1	3,0
Anlageinvestitionen	3,8	3,5	5,1	2,7	4,3	5,3	4,9
Ausrüstungen	2,1	2,1	4,6	1,2	2,9	4,1	5,0
Bauten	4,9	4,4	5,7	3,3	5,4	6,5	5,0
Sonstige Anlageinvestitionen	3,9	3,9	4,3	3,7	4,0	4,3	4,3
Inländische Verwendung	3,2	3,6	3,5	3,6	3,5	3,5	3,5
Exporte	1,6	6,1	5,3	6,1	6,1	5,2	5,5
Importe	1,1	8,9	6,2	9,2	8,6	6,3	6,1
Bruttoinlandsprodukt	3,3	2,7	3,3	2,6	2,7	3,2	3,4
<i>nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:</i>							
Außenbeitrag	7,6	6,8	6,6	7,4	6,2	7,1	6,1
3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)							
a) in Mrd. Euro							
Konsumausgaben	2 122,0	2 159,5	2 192,2	1 061,3	1 098,1	1 077,3	1 115,0
Private Haushalte ²	1 570,7	1 594,9	1 619,6	781,3	813,6	793,0	826,6
Staat	551,0	564,0	572,2	279,6	284,4	283,9	288,2
Anlageinvestitionen	567,7	577,1	595,4	277,9	299,2	287,3	308,2
Ausrüstungen	196,8	198,7	206,1	94,7	104,0	97,8	108,3
Bauten	268,2	273,2	281,4	131,7	141,5	136,6	144,8
Sonstige Anlageinvestitionen	103,0	105,3	108,1	51,5	53,8	52,8	55,2
Inländische Verwendung	2 655,4	2 704,3	2 755,1	1 334,8	1 369,5	1 360,3	1 394,8
Exporte	1 388,4	1 455,2	1 522,6	721,1	734,1	753,7	768,9
Importe	1 200,0	1 282,0	1 355,5	625,7	656,3	662,8	692,7
Bruttoinlandsprodukt	2 843,0	2 879,8	2 926,3	1 430,5	1 449,3	1 452,6	1 473,7
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	2,5	1,8	1,5	1,7	1,8	1,5	1,5
Private Haushalte ²	2,0	1,5	1,5	1,4	1,7	1,5	1,6
Staat	4,0	2,4	1,4	2,6	2,1	1,5	1,3
Anlageinvestitionen	2,3	1,7	3,2	0,9	2,4	3,4	3,0
Ausrüstungen	1,1	0,9	3,8	0,0	1,8	3,3	4,2
Bauten	3,0	1,9	3,0	0,9	2,8	3,7	2,3
Sonstige Anlageinvestitionen	2,6	2,3	2,6	2,2	2,3	2,6	2,6
Inländische Verwendung	2,3	1,8	1,9	1,9	1,8	1,9	1,8
Exporte	2,6	4,8	4,6	4,8	4,8	4,5	4,7
Importe	3,7	6,8	5,7	6,7	6,9	5,9	5,5
Bruttoinlandsprodukt	1,9	1,3	1,6	1,4	1,2	1,5	1,7

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2017 und 2018

	2016	2017	2018	2017		2018	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010 = 100)							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Private Konsumausgaben ²	0,6	1,6	1,5	1,6	1,5	1,5	1,6
Konsumausgaben des Staates	1,5	1,9	1,6	2,0	1,8	1,6	1,6
Anlageinvestitionen	1,5	1,9	1,9	1,8	1,9	1,9	1,8
Ausrüstungen	1,0	1,1	0,8	1,2	1,0	0,8	0,8
Bauten	1,8	2,5	2,6	2,4	2,5	2,7	2,6
Exporte	- 1,0	1,2	0,7	1,2	1,3	0,7	0,7
Importe	- 2,5	1,9	0,4	2,3	1,6	0,4	0,5
Bruttoinlandsprodukt	1,4	1,4	1,7	1,2	1,5	1,6	1,7
5. Einkommensentstehung und -verteilung							
a) in Mrd. Euro							
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 186,5	2 261,0	2 334,0	1 113,5	1 147,6	1 147,6	1 186,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	287,3	299,1	309,5	145,0	154,1	149,9	159,7
Bruttolöhne und -gehälter	1 305,9	1 358,9	1 406,4	651,0	707,9	672,8	733,7
Übrige Primäreinkommen ⁴	593,3	603,0	618,0	317,5	285,5	325,0	293,1
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	458,7	454,0	471,9	213,2	240,7	221,7	250,1
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 645,2	2 715,0	2 805,9	1 326,7	1 388,3	1 369,3	1 436,5
Abschreibungen	552,1	568,1	585,7	282,3	285,8	291,1	294,6
Bruttonationaleinkommen	3 197,3	3 283,1	3 391,6	1 609,0	1 674,1	1 660,4	1 731,1
<i>nachrichtlich:</i>							
Volkseinkommen	2 338,4	2 399,2	2 482,1	1 170,1	1 229,1	1 208,8	1 273,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	745,2	741,2	766,1	374,1	367,1	386,2	379,9
Arbeitnehmerentgelt	1 593,2	1 658,0	1 715,9	796,0	862,0	822,6	893,3
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3,3	3,4	3,2	3,4	3,5	3,1	3,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,9	4,1	3,5	4,3	3,9	3,3	3,6
Bruttolöhne und -gehälter	3,6	4,1	3,5	4,2	3,9	3,3	3,6
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	2,4	2,4	2,7	2,8	2,1	2,5	2,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	2,7	1,6	2,5	1,2	2,1	2,4	2,6
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	2,9	- 1,0	3,9	- 1,4	- 0,7	4,0	3,9
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,2	2,6	3,3	2,6	2,7	3,2	3,5
Abschreibungen	3,1	2,9	3,1	2,9	2,9	3,1	3,1
Bruttonationaleinkommen	3,2	2,7	3,3	2,6	2,7	3,2	3,4
<i>nachrichtlich:</i>							
Volkseinkommen	3,3	2,6	3,5	2,5	2,7	3,3	3,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	3,0	- 0,5	3,4	- 1,0	- 0,1	3,2	3,5
Arbeitnehmerentgelt	3,5	4,1	3,5	4,2	3,9	3,3	3,6
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte²							
a) in Mrd. Euro							
Masseneinkommen	1 291,3	1 340,2	1 385,2	647,3	692,9	668,8	716,4
Nettolöhne und -gehälter	863,1	897,2	928,8	426,7	470,5	441,0	487,8
Monetäre Sozialleistungen	542,7	562,1	579,2	279,8	282,3	289,0	290,2
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	114,5	119,2	122,8	59,2	59,9	61,2	61,6
Übrige Primäreinkommen ⁴	593,3	603,0	618,0	317,5	285,5	325,0	293,1
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	- 72,8	- 74,5	- 76,5	- 37,0	- 37,5	- 38,0	- 38,5
Verfügbares Einkommen	1 811,8	1 868,7	1 926,8	927,7	940,9	955,8	971,0
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	48,5	49,0	49,5	24,2	24,7	24,5	25,0
Konsumausgaben	1 679,2	1 731,8	1 785,2	846,0	885,8	871,3	914,0
Sparen	181,1	185,8	191,0	106,0	79,9	109,0	82,0
Sparquote (%) ⁶	9,7	9,7	9,7	11,1	8,3	11,1	8,2
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Masseneinkommen	3,1	3,8	3,4	4,0	3,6	3,3	3,4
Nettolöhne und -gehälter	3,2	4,0	3,5	4,2	3,7	3,3	3,7
Monetäre Sozialleistungen	3,2	3,6	3,0	3,8	3,4	3,3	2,8
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	3,6	4,1	3,0	4,3	3,9	3,3	2,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	2,7	1,6	2,5	1,2	2,1	2,4	2,6
Verfügbares Einkommen	2,8	3,1	3,1	3,1	3,2	3,0	3,2
Konsumausgaben	2,6	3,1	3,1	3,1	3,2	3,0	3,2
Sparen	3,4	2,6	2,8	2,6	2,6	2,9	2,7

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2017 und 2018

	2016	2017	2018	2017		2018	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁷							
a) in Mrd. Euro							
Einnahmen							
Steuern	731,2	748,7	772,2	373,9	374,7	385,1	387,2
Nettosozialbeiträge	523,1	543,7	562,0	263,9	279,8	272,6	289,5
Vermögenseinkommen	18,0	16,5	16,7	8,6	7,9	8,8	7,9
Sonstige Transfers	19,3	19,6	19,9	9,4	10,2	9,5	10,3
Vermögenstransfers	15,3	11,1	11,0	5,3	5,8	5,3	5,7
Verkäufe	104,3	107,8	111,4	50,8	57,0	52,3	59,1
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
insgesamt	1 411,4	1 447,6	1 493,4	712,1	735,5	733,6	759,8
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	420,0	441,6	456,9	214,5	227,1	221,9	235,0
Arbeitnehmerentgelt	235,8	242,6	248,8	116,5	126,0	119,5	129,2
Vermögenseinkommen (Zinsen)	43,4	41,1	40,1	20,3	20,8	19,7	20,4
Subventionen	27,6	28,2	28,5	13,7	14,5	13,9	14,6
Monetäre Sozialleistungen	487,7	507,4	524,7	252,5	254,8	261,9	262,8
Sonstige laufende Transfers	74,6	76,6	84,7	40,6	36,0	44,9	39,8
Vermögenstransfers	33,5	31,6	31,6	13,0	18,6	13,0	18,6
Bruttoinvestitionen	66,5	68,8	71,9	29,7	39,2	31,0	40,9
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,3	- 5,1	- 1,8	- 4,3	- 0,8	- 1,0	- 0,8
insgesamt	1 387,7	1 432,7	1 485,4	696,5	736,2	724,8	760,6
Finanzierungssaldo	23,7	14,8	8,0	15,6	- 0,7	8,8	- 0,8
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Einnahmen							
Steuern	4,5	2,4	3,1	2,5	2,3	3,0	3,3
Nettosozialbeiträge	4,5	3,9	3,4	4,2	3,7	3,3	3,4
Vermögenseinkommen	- 17,5	- 8,2	1,0	- 13,7	- 1,2	2,2	- 0,3
Sonstige Transfers	- 0,9	1,5	1,4	1,6	1,4	1,5	1,4
Vermögenstransfers	25,7	- 27,4	- 0,8	- 29,3	- 25,5	- 1,3	- 0,2
Verkäufe	3,9	3,4	3,3	3,4	3,4	3,0	3,7
Sonstige Subventionen							
insgesamt	4,2	2,6	3,2	2,6	2,6	3,0	3,3
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	7,1	5,1	3,5	5,8	4,6	3,5	3,5
Arbeitnehmerentgelt	3,1	2,9	2,6	2,8	2,9	2,6	2,6
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 8,3	- 5,3	- 2,4	- 6,0	- 4,5	- 2,8	- 2,0
Subventionen	0,2	2,2	1,2	2,4	2,1	1,2	1,1
Monetäre Sozialleistungen	3,5	4,0	3,4	4,3	3,8	3,7	3,1
Sonstige laufende Transfers	- 0,8	2,7	10,6	2,9	2,4	10,6	10,5
Vermögenstransfers	12,8	- 5,7	0,1	- 13,7	0,9	0,2	0,1
Bruttoinvestitionen	3,5	3,5	4,4	3,1	3,8	4,5	4,4
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern							
insgesamt	4,0	3,2	3,7	3,0	3,5	4,1	3,3
<i>nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:</i>							
Finanzierungssaldo des Staates	0,8	0,5	0,2	1,0	0,0	0,5	0,0

¹ Zu den Auswirkungen der Revision der Erwerbstätigenzahl für das Jahr 2016 auf die Prognose vgl. Kasten 3. – ² Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. – ³ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ⁴ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen. – ⁵ Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen. – ⁶ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers. – ⁷ Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche). – ⁸ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. – ⁹ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des IWH; ab 2017: Prognose des IWH.